

Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werththätigen Bevölkerung.

Telephon Nr. 419.]

Mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“.

[Telephon Nr. 419

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich Abends (außer an Sonn- und Festtagen) mit dem Datum des folgenden Tages und ist durch die Expedition, Johannisstraße 50, und die Post zu beziehen. Preis vierteljährlich M. 1.60. Monatlich 55 Pfg. Postzeitungsliste Nr. 4069 a, 6. Nachtrag.

Die Anzeigengebühr beträgt für die viergespaltene Beilage oder deren Raum 15 Pfg., für Verlammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen nur 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 20 Pfg. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr Vormittags in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 169.

Freitag, den 23. Juli 1897.

4. Jahrgang.

Hierzu eine Beilage.

Die Aussichten des Ausnahmegesetzes.

Ende Juli eine hochpolitische Situation, wie wir sie jetzt haben, ist wohl kaum dagewesen. Man erwartet mit Spannung den nächsten Sonnabend, an welchem das Schicksal des Ausnahmegesetzes endgültig entschieden werden wird. Es ist zu erwarten, daß in letzter Stunde noch allerhand Koups von den Unterdrückungslustigen um Stimm versucht werden. Jede nationalliberale Abgeordnetenseele steht heuer hoch im Preis.

Eine neue „Kundgebung“ für die Herrenhaus-Beschlüsse veröffentlicht die „Rheinisch-Westfälische Zeitung“. Dieselbe befragt:

„Köln, 15. Juli 1897.

Die unterzeichneten Firmen und Industriellen des Regierungsbezirks Köln sprechen hierdurch ihre volle Zustimmung aus zu der Stellungnahme der Mitglieder der Nordwestlichen Gruppe des Vereins deutscher Eisen- und Stahl-Industrieller in Düsseldorf vom 5. Juli d. J. aus den dort vorgebrachten Gründen, und richten auch ihrerseits an die Mitglieder des preussischen Abgeordnetenhauses das Verlangen, daß das Gesetz zur Ergänzung und Abänderung von Bestimmungen über Verlammlungen und Vereine in der ihm von dem preussischen Herrenhause gegebenen Fassung angenommen werden möchte.

(Folgen einige Duzend Namen von Großindustriellen.)

Die „Rhein. Westf. Ztg.“ fügt noch hinzu:

„Dieser Erklärung eines weiteren hochangesehenen Theiles der westdeutschen Industrie wollen wir mit Hinblick auf die mehrfachen Vorkommnisse über die Haltung des rheinisch-westfälischen Bergbaues nach nochmals eingegangenen umfangreichen Erkundigungen noch beifügen, daß neun Fünftel der leitenden Personen dieses Bergbaues die Annahme des Vereinsgesetzes in der Fassung der Herrenhaus-Kommission für wünschenswert und notwendig halten. Wir legen solchen Stimmen aus den unmittelbar mit sozialistischen Elementen kämpfenden Kreisen der westdeutschen Industrie wie der hannoverschen Landwirtschaft die höchste Bedeutung bei.“

Der „National-Zeitung“ kommt diese Kundgebung begreiflicherweise sehr ungelegen. Sie sagt dazu lediglich Folgendes:

„Wenn wir nicht irren, waren einzelne dieser Firmen bereits in der Vorbereitungsphase, zu deren Stellungnahme sie jetzt ihre volle Zustimmung aussprechen. Auf die seltsame Erscheinung, daß die geschäftlichen Leiter von Aktiengesellschaften, Bergwerksgemeinschaften u. s. w. in deren Namen politische Erklärungen abgeben zu dürfen, haben wir schon hingewiesen.“

Im übrigen erklärt die „Nat.-Ztg.“ in ihrem heutigen Morgenblatt:

„Wir haben keinen Grund, zu bezweifeln, daß das Abgeordnetenhaus die Vereinsgesetz-Novelle mit der früheren Mehrheit verwerfen wird. Wie wir hören, hat man bis jetzt bei der hiesigen Leitung der nationalliberalen Partei nicht einmal von einer Absicht des Herrn Schoof, anders als bei der namentlichen Abstimmung der zweiten Lesung zu stimmen, Kenntnis erhalten. Es scheint uns jedenfalls überflüssig, auf Wiederholungen der früher für die Herrenhaus-Beschlüsse vorgebrachten Argumente, wie sie sich beim Herrannahen der Entscheidung in der Regierungspresse von neuem finden, nochmals einzugehen. Der vollständige Fehlschlag des Versuchs, eine Bewegung, namentlich in den zur nationalliberalen Partei haltenden industriellen Kreisen, zu Gunsten der Herrenhaus-Beschlüsse hervorzurufen, ist eine Thatsache.“

In ähnlicher Weise spricht sich der „Hannoversche Courier“ aus:

„Soviel wir wissen, herrscht auch innerhalb der nationalliberalen Fraktion die Ueberzeugung, daß es für ein Mitglied der Fraktion nicht möglich ist, gegen den ausdrücklichen, vom Abg. Hübner verkündeten Fraktionsbeschluss zu stimmen. Dieser Beschluss ging dahin, daß die Fraktion jede Abänderung des Beschlusses des Abgeordnetenhauses zur Vereinsgesetz-Novelle ablehnen würde. Die Abstimmung am nächsten Sonnabend ist eine Ehrensache, vielleicht eine Lebensfrage für die nationalliberale Fraktion, und diese Erwägung wird die Mitglieder derselben veranlassen, es als eine Ehrensache zu betrachten, vollständig auf dem Platze zu sein.“

Als Beispiel, wie sehr die nationalliberalen Abgeordneten gewillt sind, ihrer Pflicht zu genügen, wird ferner erzählt, daß der Abg. Walbrecht, dem kürzlich ein schwerer Unfall zugefallen ist, entschlossen sei, trotzdem am Sonnabend in Berlin zu erscheinen.

Die Parteien des Abgeordnetenhauses fordern ihre Mitglieder zu vollzähligem Erscheinen auf, die konservativen Freunde wie die Gegner der Vorlage.

In wenigen Tagen ist die Frage entschieden, welche seit Monaten das öffentliche Leben beherrscht.

Wir sehen dieser Entscheidung sehr kühl entgegen.

Wenn die „Post“, die eifrigste Befürworterin des Ausnahmegesetzes, von einer „stetig steigenden und nachgerade bis zur Gluthitze sich steigenden Erbitterung“, von einem „erbitterten Töben“ der sozialdemokratischen Presse redet, so rechnet das Blatt des Herrn v. Stumm

offenbar damit, daß seine Leser überhaupt keine sozialdemokratischen Blätter einsehen und sich von ihm das märchenhafteste Zeug aufreden lassen.

Wenn dasselbe Blatt sich damit brüstet, sich vor dem „Haß der sozialrevolutionären Führer“ nicht zu fürchten und sich auf das Wort beruft: oderint dum metuant, sie mögen hassen, wenn sie nur Furcht haben, — so klingen diese Aeußerungen gerade aus dem Munde der „Post“-Hintermänner beinahe humoristisch. Wenn die Herren so wenig Furcht vor der Sozialdemokratie haben, wie sie vorgeben, warum denn all diese kläglichen Angstprodukte wie ihr jetziges Anebelgesetz? Das ganze politische Treiben der Leute ist ja nichts wie ein großes Gruseln und Grusel-machen vor der „Revolution“.

Wir die um Stumm „hassen“? Wir haben wahrlich ganz andere Gefühle für diese Gesellschaft, deren „Tapferkeit“, lediglich auf dem Besitz brutaler Gewalt-mittel beruhend, in Wirklichkeit die höchste moralische Feigheit ist!

Politische Rundschau.

Deutschland.

Ein Stimmungsbildchen. Die „Kölnische Zeitung“, das zu offiziellen Kundgebungen benützte Organ des liberalen Großbürgertums schreibt:

Mit Ausnahme der Ostelbier, die ihren Weizen blühen sehen, herrscht in allen Volksklassen stärkste Unzufriedenheit, und selbst solche Männer, die man als recht maßvoll und geduldig kennzeichnen kann, wollen nicht mehr mitmachen, sondern sind durchaus geneigt, sich der herrschenden Strömung entgegenzustellen.

Für die politische Verstimmung weiter Kreise über die gegenwärtige Regierungsmethode ist folgende Auslassung einer Zentrumskorrespondenz bezeichnend. Sie fragt: „Schänkt denn Niemand dem Kaiser reinen Wein ein?“ und erklärt: „Diese Frage kann man jetzt sehr häufig hören, auch von ehrlichen Konservativen, die in ihrer Verehrung und ihrem Vertrauen gegenüber dem Königthum es nicht fassen können, daß nunmehr fast das ganze Volk verärgert und unzufrieden der Staats- und Reichsregierung gegenüber steht. Abgesehen von einer kleinen, aber rührigen Schaar von Beutepolitikern, welche im Trüben fischen wollen, fordert man allerseits eine gründliche Aenderung der Art und Weise, wie jetzt die Geschäfte des Landes und des Reiches geführt werden, und die Gutgesinnten geben sich der Hoffnung hin, daß der Kaiser die Wünsche des Volkes befriedigen würde, wenn er nur die ungeschminkte Wahrheit erfahre über die Stimmung, die im Lande Platz gegriffen hat, und über die kritische Lage, in welche die Regierungspolitik gerathen ist. Man seufzt nach einem Manne, der den Muth und die Kraft hat, vor dem Throne die Dinge beim rechten Namen zu nennen und die Verhältnisse so darzulegen, wie sie leider sind. Wo ist der Mann zu finden? Fürst Hohenlohe wäre vor Allen berufen, klaren Wein einzuschütten. Aber einerseits ist er zum Theil mitschuldig an der bedauerlichen Entwicklung, und andererseits ist er offenbar zu stark von dem Bewußtsein beherrscht, daß es seine Mission sei, in langmüthiger Klugheit auszuhalten, so lange es eben geht, um nach Möglichkeit in den jeweiligen Einzelfragen zu mildern und auszugleichen. Fürst Hohenlohe hat sich auf das „Fortwursteln“ eingelassen, und dabei müssen die Dinge immer schlimmer, das schleichende Fieber immer zerrüttender werden. Vom „Staatsministerium“, das den herrlichen Vereinsgesetzentwurf eingebracht und sich schließlich auf den Leim des kleinen Sozialistengesetzes hat locken lassen, wird kein Einsichtiger Hilfe in dieser Noth erwarten. Im Gegentheil, grade der Mangel an Einseitigkeit, Selbstbewußtsein, Charakterfestigkeit und Muth bei diesem obersten Kollegium des Staates hat die traurige Lage verschuldet. Unter den nicht verantwortlichen Männern, die das Ohr des Monarchen haben oder in der letzten Zeit hatten, ragt Herr v. Stumm als der bekannteste und anscheinend einflußreichste hervor. Und das ist grade das Unglück, daß dieser sehr energische, sehr gewandte und dabei fürchterlich einseitige und eigenwillige Mann eine so große Einwirkung erlangt hat. Wer soll denn die Krone aufklären über die Stimmung des Volkes und die wahren Bedürfnisse des

Landes? Wir sehen kein anderes Heil, als daß das Volk selbst seine Meinung laut und deutlich kundgibt bei den bevorstehenden Wahlen. Da gilt es den Streit um nebensächliche Einzelheiten bei Seite zu schieben und die Leute-Politiker, welche auf kurzfristigen Eigennutz spekuliren, entschlossen heimzuschicken, um die Stimmen aller wahren Vaterlandsfreunde zu vereinigen auf solche Männer, welche eine gründliche Heilung des erkrankten Staatskörpers anstreben wollen. Wenn die Wähler das Ihrige thun und nicht bloß für den Reichstag, sondern auch für den Landtag eine Mehrheit von einsichtigen, uneigennütigen und thatkräftigen Patrioten schaffen, dann werden die Parlamente einen weiteren Schritt zur Heilung unternehmen können durch eine Adresse, welche die wahre Lage in rückhaltloser Weise dem Monarchen darlegt.“

Wir stimmen darin bei, daß die nächsten Wahlen berufen sein werden, unzweideutig der Stimmung der Volksmassen Ausdruck zu geben.

Von der Auflösung des preussischen Abgeordnetenhauses, für den Fall der Ablehnung des „kleinen Sozialistengesetzes“ will die Stumm'sche „Post“ nichts wissen. Sie schreibt:

„Aus konservativen Kreisen ist allerdings gelegentlich wohl zur Begründung der Auffassung, daß das Abgeordnetenhause bei Ablehnung des Vereinsgesetzes aufzulösen sei, der Erwartung Ausdruck gegeben worden, daß in diesem Falle die freikonservative Fraktion einen starken Zuwachs an Mandaten erhalten werde. Allein hierbei war wohl der Wunsch zum Theil der Vater des Gedankens, und zwar auch in dem Sinne, möglichst Stimmung für den Gedanken der Auflösung zu machen. Selbst aber wenn eine starke Vermehrung der freikonservativen Mandate und die Bildung einer aus beiden konservativen Fraktionen bestehenden Mehrheit in sicherer Aussicht stände, so würden doch die schwerwiegenden Bedenken namentlich vom Standpunkte der Reichspolitik gegen eine solche Maßregel zu erheben sein. Jedenfalls wäre sie kaum vereinbar mit der in Bielefeld ausgegebenen und soeben noch von dem Vizepräsidenten des Staatsministeriums programmatisch näher ausgeführten Parole der Sammlung aller produktiv thätigen Elemente der Bevölkerung. Denn es ist klar, daß die einer solchen Sammlung ohnehin schon entgegenstehenden Schwierigkeiten durch eine solche Auflösung und Neuwahlen in Folge derselben sehr wesentlich vermehrt werden würden.“

Die „Post“ hat Recht. Es würde nach den wunderbaren Erfolgen der jetzigen Regierungspolitik kaum etwas Thörichteres für die Regierung geben können, als eine Auflösung des Abgeordnetenhauses aus diesem Anlaß. Es ist auch einer der für die Opposition erheiternden Erfolge des Bickacklures, daß er sich selbst immer in solche Situationen hineinwirft, die ihn zwingen, seine Niederlagen stillschweigend und ohne mit der Wimper zu zucken über sich ergehen zu lassen.

Preußens moralische Eroberungen. Der „Köln. Ztg.“ wird aus Baden geschrieben: Ein größerer, im Interesse nationaler Entwicklung bedauerlicher Fehler als das Vorgehen der preussischen Regierung sei lange nicht gemacht worden. Für diese Art Regierung sei im Süden keinerlei Verständnis. Heute mache sich wieder der alte Gegensatz zwischen Nord und Süd gelten. In Preußen sei der Adel in der Verwaltung überwiegend; im Süden ein aus Bauern und dem Bürgerstande hervorgegangenes Beamtentum. Preußen müsse in seinen inneren großen Fragen deutsche Politik treiben und Rechnung tragen dem ausgeprägten Unabhängigkeits- und Freiheitsinn des Südens. — Allerdings ist das nothwendig, allein die Süddeutschen predigen tauben Ohren. Die Förderung der Junkerschaft gehört gewissermaßen zu den preussischen Traditionen.

Zur Frage „Wahlbetheiligung“ schreibt die Wiener „Arbeiterztg.“, unser österreichisches Zentralorgan:

Da ist wohl die beste Abwehr, daß man den Junkern ihr geliebtes Dreiklassenwahlrecht nach Thunlichkeit unschmackhaft macht, indem man ihnen so viel Sitze abknöpft, als nur möglich. Heute fehlen ihnen mit Stumm im Bunde nur acht Stimmen zur Mehrheit. Das ist ein unerträglich Zustand. Freilich muß der Kampf mit dem Bürgerthum, den Freisinnigen und dem Centrum vielleicht, sogar theilweise mit dem nichtagrarischen Flügel

der Nationalliberalen im Bunde geführt werden. Eine unangenehme Bundesfreundschaft, gewiß. Doch die allgemeine Mißstimmung gegen die Junker und gegen die reaktionären Hirschauerflügel des neuen Kurzes in ganz Deutschland, besonders in den intelligenten sowie in den reichstreuen Schichten des Bürgerthums, der Kampf des Bürgerthums mit den Agrariern wegen des Währungsgeizes, der Hölle und der Währungsfrage, machen es wahrscheinlich, daß es diesmal dem Bürgerthum ernst ist mit seinen Abwehrabsichten. Bei politischen Aktionen entscheidet aber in erster Linie der nächste Zweck, wenn er lebenswichtig ist. Aber für die Arbeiterklasse wie für das ganze deutsche Volk bildet es die Lebensfrage: Die Junker und die Leute vom Schläge Stumm's politisch unschädlich zu machen oder wenigstens ausgiebig zu schwächen. Das ist in Deutschland jetzt das eine, das noththut.

Das Centrum beginnt die Wahlvorbereitungen. Die Dortmunder „Tremoula“ schreibt:

„Es bedarf in manchen Wahlkreisen einer völlig neuen Organisation von Grund auf. Der Klerus und alle bürgerlichen Laien sollten schon jetzt nach dem Rechte sehen, um überall legitime Kreis-Wahlkomitees zu bilden, welche rechtzeitig die Wahlarbeit einleiten. Nicht bloß auf dem Lande sind vielfach die Organisationen gelockert, selbst große katholische Städte Westfalens haben durch allerlei Umstände an der früheren Stammorganisation eingebüßt. „Streberthum“, „gesellschaftliche Rücksichten“ und „Vergnügungssucht“, das sind gegenwärtig die drei gefährlichsten häuslichen Gegner einer gesunden Förderung der Centrumspolitik.“

Zum Fall Reinhold erhält die „Kref. Ztg.“ von Herrn von Stumm eine Berichtigung, in der gesagt wird:

Sie haben die Behauptung aufgestellt, ich hätte der Berufung Reinhold's nach Berlin den lebhaftesten Beifall gespendet. Demgegenüber stelle ich fest, daß ich niemals in der Lage gewesen bin, ein Urtheil über den mir völlig unbekannten Herrn zu fällen.

Herr von Stumm scheint also nicht der Vater der Reinhold'schen Kandidatur zu sein. Wer in aller Welt hat den Mann dann aber dem Kultusministerium empfohlen?

Professor Dr. Reinhold giebt in der „Köln. Ztg.“ einige Ergänzungen zu seiner bekannten Rede, indem er sich über die Agrarfrage äußert. Er erinnert daran, daß er als Reichstagsabgeordneter für den Kornzoll von 5 Mark gestimmt und sich dahin ausgesprochen habe, daß er zur Rettung der Landwirtschaft selbst einen noch höheren Zoll bewilligen würde. Daher „haben die Leute, die mich (Dr. Reinhold) für einen Agrarier halten, im Wesentlichen recht.“ Andererseits verurtheilt er Ziele und Methode der agrarischen Agitation auf das Schärfste, und er meint, daß die Demagogie des Bundes der Landwirtschaft bei den nächsten Reichstagswahlen ein unerhörtes Fiasko erleiden werde. Die Ursache dafür erblickt er u. A. auch in den persönlichen Eigenschaften der Junker, zu deren Charakterisirung er Folgendes erzählt:

„Ich war vor längeren Jahren mit einem Konservativen aus der Bielefelder Gegend in Helgoland zusammen. Ich bemerkte ihm, daß mir außer dem Schlagwort „Militarismus“ auch die demagogische Verwerfung des gebrauchten Wortes „Junker“, „Junkerregiment“ besonders widerwärtig sei. Wir lernten dann eine Anzahl mecklenburgischer und preussischer Großgrundbesitzer kennen — charmante Leute. Aber wir erfuhren aus ihren Mägen bald, was ein Junker ist. Einer erwiderte auf meine Frage, ob er trotz der Ernte abkömmlich sei, mit wiederholtem Gelächter: „Arbeiten thun nur die Dummen“ und wiederholte diese als Witz belächelten Worte an mehreren nacheinander folgenden Tagen so oft, daß mir seine Gegenwart unerträglich wurde und ich andere Gesellschaft suchte. Diese anekdotische Erinnerung soll nur ein Beispiel sein. Ich habe alte Schulkameraden, früher durchaus konservativ, später christlich gesinnt, später im Osten wieder getroffen oder mit ihnen Briefe gewechselt, die wilde Fortschrittsteine geworden waren und auf meine Verwunderung, daß sie jetzt freisinnig wählten, antworteten oder schrieben: „Es geht hier nicht anders. Der Hochmuth und Uebermuth dieser Leute ist zu groß. Man wird in das Extrem getrieben, für den zahmen und veröhnlichen Nationalliberalismus ist hier kein Platz.“

Dr. Reinhold bekennt sich weiterhin als ein Verehrer Hegel's. Das ist, bemerkt die „Frankf. Ztg.“, gewiß kein Fehler, denn es unterliegt kaum einem Zweifel, daß die Werthschätzung, die man heute im Allgemeinen diesem Philosophen entgegenbringt, eine ganz ungerechtfertigt niedrige ist. Wir meinen aber, daß Dr. Reinhold durch seine Beschäftigung mit der Hegel'schen Philosophie die Fähigkeit erlangt haben sollte, die Antinomie zu überwinden, die in seinen agrarischen Ansichten zu Tage tritt. Vielleicht ist ihm unser gestriger Leitartikel dabei behilflich, seine Dialektik zu stärken und die Antinomie zur höheren Einheit zu bringen. Dr. Reinhold wird vielleicht bei näherer Betrachtung zur Einsicht gelangen, daß es nicht angeht, einerseits die Junkerherrschaft zu verdammen und andererseits eben diesen Junkern durch Gewährung hoher Getreidepreise die ökonomische Unterlage zu garantiren, auf der ihre politische Macht beruht. Es heißt doch wahrlich dem Bürgerthum und der Arbeiterschaft viel zumuthen, wenn man von ihnen verlangt, diejenigen wirtschaftlich und dadurch politisch zu stärken, die darauf ausgehen, Bürgerthum und Arbeiterschaft zu knebeln. Die Arbeiter sind ja erfreulicherweise größtentheils nicht solche Kälber, die sich ihre Metzger wählen selber, vom Bürgerthum aber haben leider nicht kleine Kreise dieses politische Parakiti vorgenommen. Das wird jedoch anders werden. Dem Junkerthum keinen Pfennig! Diese Losung wird hoffentlich auch in jenen Kreisen Eingang finden und der politischen Selbstschändung, die man dort übt, ein Ende machen. Sind die Junker gänzlich verkracht und unschädlich gemacht, dann wird man sehen, was sich für

den Bauer thun läßt. Ueber die nächsten Reichstagswahlen sagt Dr. Reinhold noch Folgendes:

Die relativ größten Erfolge im nächsten Wahlkampfe werden die Fortschrittspartei und die deutsche Volkspartei haben, obwohl sie dem Volke nichts versprechen auf Kosten anderer. Auch Sozialdemokratie und Centrum werden mit gewaltiger Kraft aus dem Wahlkampfe hervorgehen, nicht sowohl weil sie für materielle Interessen kämpfen, sondern weil sie mit der geistigen Gewalt eines Gedankens und mit dem stillen Pathos ihres Idealismus in den Kampf treten.

Das Beste dürfte sein abzuwarten, inwieweit sich diese Prophezeiungen erfüllen werden.

Ernstlicher von Köller wird, wie die über ihn meist gut unterrichtete „Staatsbürger Zeitung“ meldet, doch nicht Oberpräsident von Schleswig werden, sondern es soll ihm Kassel zugebach sein. Der Oberpräsident von Magdeburg würde dann Kassel mit Schleswig vertauschen.

Koschmann will sich bei dem verurtheilenden Erkenntniß des Schwurgerichts immer noch nicht beruhigen. Nach dem das Reichsgericht kürzlich die eingelegte Revision verworfen hat, hat Koschmann jetzt an seinen Verteidiger geschrieben und ihn um einen Besuch im Untersuchungsgefängnisse gebeten. Er giebt an, dem Verteidiger noch eine Anzahl neuer Thatsachen unterbreiten zu wollen, auf Grund deren der Antrag auf Wiederaufnahme des Verfahrens sich begründen lasse.

Im Federkriege zwischen Deutsch-Konservativen und Bündlern nimmt wieder einmal die „Konf. Korr.“ das Wort. Sie schreibt:

Die konservative Partei hat nie und nirgends beansprucht, daß der Bund der Landwirtschaft ihre „Kommandite“ sein möge. Sie hat im Gegentheil stets lebhaft gegen derartige gewerkschaftliche Unterstellungen protestirt. Ebenso wenig hat die konservative Partei jemals verlangt, der Bund solle ihre Schlichter schlagen; allein sie erhebt den entscheidenden und unabwiesbaren Anspruch, daß der Bund „in der Schlicht“ sich nicht gegen sie stelle, daß er also im Interesse der landwirtschaftlichen Sache antisemitische Einbruchversuche nicht nur nicht begünstige, sondern unzulässig dagegen Stellung nehme. Wenn die „Korrespondenz des Bundes der Landwirtschaft“ also schreibt: „Wir stehen nicht in Lohn und Brod der Konservativen, aber auch nicht der Antisemiten, lassen uns überhaupt von keiner Partei ausschließlich in Beschlag nehmen“ — so ist das nicht ganz richtig. In „Lohn und Brod“ unserer — wie geschmackvoll — steht der Bund freilich nicht; aber unzulässig besteht der bei weitem größte Theil der zur Bundeskasse steuernden Mitglieder aus Konservativen, und diese behauptet es eigenthümlich, daß die Bundespresse sich jedesmal scharf gegen unsere Partei wendet, wenn diese ihre berechtigten Ansprüche geltend macht, dagegen über die Aspirationen und Anordnungen der Antisemiten, die dem Bunde vermuthlich keine nennenswerthe Mitgliederzahl zuführen, aber den Frieden in den Wahlkreisen stören, kein Wort verliert. Die konservativen Bundesmitglieder werden das nicht länger gleichmüthig hinnehmen dürfen, wenn sie nicht die Verantwortung für eine schwere Schädigung nicht nur unserer Partei sondern auch der Sache der deutschen Landwirtschaft mit auf sich nehmen wollen.

Das ist einmal eine Sprache, die beweist, daß die Gegensätze kaum mehr überbrückt werden können!

In Baden fangen die bevorstehenden Landtagswahlen bereits an, in den Vordergrund zu treten.

Hauptsächlich die taktische Frage wird erörtert. Die nationalliberale Zweiaugen-Mehrheit soll diesmal unter allen Umständen zertrümmert werden. Bei einigermaßen geschicktem Vorgehen dürfte dies auch nicht zu schwer halten.

In Mannheim ist der Sozialdemokratie nach den Erfolgen bei den letzten Bürgerausschuwahlen das dritte Mandat so gut wie sicher; nur hat man sich noch nicht auf einen geeigneten Kandidaten einigen können. Neben Mannheim kommen hauptsächlich noch Karlsruhe und Pforzheim in Betracht. In Offenburg ist weniger Aussicht vorhanden; dort geben vorläufig noch die Ultramontanen den Ausschlag, und diese unterstützen die Kandidatur Geck sicher nicht. Auch bezüglich Lörrach ist es fraglich, ob wir dieses Mandat der Sozialdemokratie erhalten werden. Wenn auch die „Stegmüllererei“ überwunden ist, so sind dort doch noch andere Schwierigkeiten zu beseitigen.

Alles in Allen stehen die Chancen für uns sehr gut. Im Offenburger „Volkfreund“ wurde in den letzten Tagen eifrig für den Gedanken Propaganda gemacht, unter Umständen ein Kompromiß mit den Freisinn-Demokraten einzugehen, um die nationalliberale Mehrheit zu brechen. Ein solches Zusammengehen mit den bürgerlichen Parteien hat zwar seine Schattenseiten, aber es ist im gegebenen Augenblick das Kleinere von zwei Uebeln. In Karlsruhe z. B. ist ein Zusammengehen mit den Freisinn-Demokraten um deswillen geboten, weil keine von den Oppositionsparteien allein die Nationalliberalen überwinden wird. Dort stehen drei Mandate auf dem Spiel, und gerade in der Residenz muß der Hauptschlag gegen den nationalliberalen Flügel geführt werden. Ursprünglich schien es auch, als wollten die Freisinn-Demokraten auf den von den Sozialdemokraten gemachten Vorschlag eines Kompromisses eingehen, neuerdings aber gehen die Freisinnigen zurück. Sie wollen sich nur dann auf ein Zusammengehen mit den Sozialdemokraten einlassen, wenn diese zwei Mandate der bürgerlichen Opposition überlassen. Nun ist aber dieses Ansinnen insofern unbillig, als die Freisinnigen ein ziemlich kleines Häuflein sind, während unsere Genossen schon bei den letzten Wahlen in Bezug auf die Zahl der Urwählerstimmen an zweiter Stelle standen.

Die Freisinnigen scheinen überhaupt nicht recht zu wissen, was sie wollen. Im Karlsruher demokratischen Landesboten machte dieser Tage ein Freisinniger den Vorschlag, „unparteiische Männer“, wie den Fabrikinspektor Wörrischofer, den Professor Herkner, den Gründer der Patronenfabrik, Kommerzienrath Lorenz und andere als Kandidaten aufzustellen. Daß damit an den Machtverhältnissen der Nationalliberalen wenig oder gar nichts geändert würde, versteht sich am Stande. Die

Freisinnigen bekunden auch hier wieder ihre alte Waschlappigkeit.

Häufiger stehen die Aktien für uns in Pforzheim, wo man bereits seit einem Jahre nach dem Muster der Mannheimer Genossen durch Staatsbürgeraufnahmen für die Wahlen vorgearbeitet hat. Dort ist es sehr leicht möglich, daß Genosse Geck das Mandat erringt.

Der Sieg des Bauernbündlers Dr. Sigl bei der Landtagsersatzwahl in Regen ist unter den denkbar ungünstigsten Verhältnissen errungen worden. Er hat eine ebenso große Bedeutung, wie seiner Zeit die Reichstagswahl in Kelheim. Die Wahl bedeutet das schärfste Verdict gegen das Centrum!

Sigl wurde gewählt, trotzdem der Centrumskandidat Dr. Schmid ein im Kreise sehr beliebter und angesehener Mann ist. Aber die Bauern wollen mit dem Centrum nichts mehr zu schaffen haben. Daher dies auffallende Ergebnis.

Eine Reichstagsersatzwahl steht in Regensburg bevor. Dem „Reg. Morgenbl.“ zufolge starb der Reichstags- und Landtagsabgeordnete Lehner (Centrum). — Der Kreis gehörte bisher unbeskritten dem Centrum, doch ist dessen Besitzstand in Bayern infolge der bauernbündlerischen Agitation nachgerade überall gefährdet. Der Verstorbenen, bayerischer Amtsgerichtsekretär, hätte am 1. November das 70. Lebensjahr vollendet gehabt. Dem Reichstags, in welchem er den oberpfälzischen Wahlkreis Neustadt a. M. N. vertrat, gehörte er als Mitglied der Centrumspartei seit 1884, der bayerischen Abgeordnetenkammer seit 1892 ununterbrochen an. Bei der letzten Wahl erhielt er 7347 Stimmen, der Kandidat der Nationalliberalen 1741 und der der Sozialdemokraten 1636 Stimmen. Während die übrigen Parteien in diesem Wahlkreise seit der Wahl vom Jahre 1890 zurückgegangen waren, stieg die Stimmenzahl unserer Partei von 188 auf 1636 Stimmen.

Die Arbeiterorganisationen werden von der Kapitalistenklasse bekämpft, ob nun sozialdemokratische oder sogenannte christliche Arbeiter dieselben bilden und leiten. Sobald ein Gewerkverein Miene macht, die Rechte der Arbeiter zu verfechten, und sei es auch in der denkbar sanftesten Form, so stehen ihm die erbitterte Feindschaft des Unternehmertums und Maßregelungen aller Art in sicherster Aussicht. Dies Schicksal ist, wie vorausgesetzt, auch dem Gewerkverein christlicher Bergleute im rheinisch-westfälischen Kohlenrevier zu Theil geworden. Einige Mitglieder des Ausschusses dieses Vereins sind kurzerhand von den Grubenverwaltungen entlassen worden. Sogar die „Essener Volksztg.“ muß darüber berichten:

„Die gemäßigtesten Mitglieder des Gewerkvereins der christlichen Bergarbeiter sind besonnene Leute, denen das beste Führungszugewiß ausgestellt werden muß. Nichts liegt ihnen fern, als die Kameraden zu „verhegen“, und die Belegschaft war ja in ihrem vollen Rechte, als sie unter sich einen Ausschuss wählte, der behufs Beseitigung verschiedener Mißstände mit der Grubenverwaltung in Verbindung treten sollte. War denn das nicht der Weg, den der bergbäuerliche Verein den Arbeitern angedeutet hat? Jetzt, da sie ihn beschreiten, werden die betreffenden Mitglieder gemahregelt. Daß sie sich nicht zur Strafe nach Oberhausen verlegen lassen und eine demüthige Erklärung abzugeben sich weigern, finden wir sehr begreiflich. Sie haben gar keine Veranlassung, den Gewerkverein zu verleugnen. Der Betriebsführer Otten erklärte einem der Mitglieder, dem gekündigt wurde, „er brauche sich nur nicht an andere Gekent zu wenden, man habe seinen Namen schon überallhin mitgetheilt.“

Letzter hat der Gewerkverein sich nicht dazu aufschwingen können, in energischer Weise für seine Mitglieder einzutreten. In einer am Sonntag in Osterfeld stattgehabten, von etwa 1500 Bergleuten besuchten Versammlung des Vereins schlug dessen Vorsitzender, Bergmann Bruff, der Versammlung vor, es noch nicht auf eine Kraftprobe ankommen zu lassen, sondern in der Weise für die entlassenen Ausschuss-Mitglieder zu sorgen, daß der Gewerkverein ihnen ein genügendes Auskommen sichert. Hiermit war die Belegschaft einmüthig einverstanden!

In welcher tyrannischer Weise die Grubenverwaltungen vorgehen, ergibt sich daraus, daß einem der Ausschussmitglieder gekündigt worden ist, weil dasselbe die Grubenverwaltung vor dem Berggewerbegericht verklagt hat! Man hatte demselben unrechtmäßiger Weise die Seilfahrt verweigert, und statt die Angelegenheit, die von grundsätzlicher Bedeutung ist, vor dem Berggewerbegericht zur Entscheidung kommen zu lassen, ließ der Betriebsführer das betreffende Mitglied rufen und erklärte ihm, man sei bereit, ihm die versäumte Schicht zu bezahlen und die Kündigung zurückzuziehen, falls er seine Klage ebenfalls zurückziehe. Die Verwaltung scheint also doch betreffs ihres Vorgehens schwere Bedenken zu haben. Es ist natürlich, daß unter diesen Umständen die Klage vor dem Berggewerbegericht nicht zurückgezogen wird.

Aus dem Gothaischen Landtage. Die allgemeine Volksschule, in welcher das Kind des Ministers wie des Arbeiters, das Rentierstöchterchen wie das Proletariermädchen, mit einem Worte die Kinder des gesammten Volkes den gleichen Elementarunterricht erhalten sollen, findet seine begeisterten Anhänger nur noch bei den Vertretern des Proletariats. Das zeigte auch die gestrige Sitzung des Landtages, wo die Sozialdemokraten bei der Aenderung des Volksschulgesetzes und der Lehrerbefolgung diese lebensfrischen Grundzüge vertraten. Die Tribünen waren infolge der Schulferien von Lehrern überfüllt, so daß diese hören konnten, welche große Sympathien die Sozialisten der wahren Volksschule entgegenbringen und mit eigenen Ohren erfahren konnten, daß in der Werthschätzung der Volksschullehrer Sozialdemokraten von einander übertroffen wurden. Unser Antrag auf Aufhebung des Schulgeldes fand heftigen Widerstand auf allen Seiten. Wir begründeten denselben

damit, daß die Aufhebung des Schulgelbes eine Konsequenz des Schulzwanges sei, daß an der Schulbildung und Ausbildung der reiche kinderlose Mann ein ebenso großes Interesse und heute auch noch den meisten Nutzen davon haben müsse als der Arme. Der Antrag sei nichts Unerhörtes, Unausführbares. Wir hätten uns darauf beschränkt, in Anbetracht der Finanzen des Landes nur einen Schritt vorwärts zu thun, sonst hätten wir auch noch die kostenlose Lieferung der Schulunterlagen von Staats wegen in unseren Antrag aufgenommen. Das war einem der Herren zu stark, erschreckt rief er uns laut entgegen: Dann kommen Sie wohl schließlich später gar noch einmal mit Fruchtsäckellieferung? Aber statt uns zu erschrecken, riefen die Sozialdemokraten wie aus einem Munde: „Gewiß!“

Nun gingen ans Beweisen, daß diese Einrichtungen in Paris, London, Lille, Carmaux, in der Schweiz u. sich glänzend bewährt habe. Die Debatte wurde eine gründliche. Jeder merkte, daß hier zwei vollständig entgegengesetzte Ansichten über die Aufgaben des Staates sich gegenüberstanden.

Bei der Lehrerbildung triefen die bürgerlichen förmlich von Wohlwollen für die Lehrer, sobald, wenn diese vom Wohlwollen fett werden könnten, sie jedes Jahr zwei Entsetzungsakturen durchmachen müßten, aber zur Gehaltskala der Sozialdemokraten, die nicht etwa etwas exorbitantes verlangten — 1000 Mark Anfangsgehalt, steigend von 3 zu 3 Jahren bis zu einem Höchstgehalt von 2500 Mark, konnten sich die Herren nicht aufschwingen.

Die Herren nahmen den Antrag der Schulkommission Anfangsgehalt 1000 Mark, steigend von fünf zu fünf Jahren, bis zu einem Höchstgehalt von 2400 Mark, an. Die von der Regierung vorgeschlagene Skala war freilich noch niedriger.

Beim Verlassen des Landtages sagte zu uns ein Lehrer:

„Na, wir haben heute gesehen, wo unsere Freunde sitzen. Ja, die Deffentlichkeit ist für die Herrschenden doch ein böses Ding, denn die sozialdemokratischen Grundsätze haben eine intensive werdende Kraft.“

Kein Wunder, daß die Regierung mit einer Korrektur des Wahlrechts schwanger geht, um die „lästigen“ Mäuler der Sozialdemokraten wieder los zu werden.

Vom Unfall des Kaisers. Der Herzog Karl Theod. von Bayern hat sich nach Bergen begeben, um an den weiteren Ausflügen theilzunehmen. Er soll angeblich nicht als Arzt zum Kaiser berufen sein, da, wie die offiziöse Presse behauptet, das verletzte Auge eine besondere Behandlung nicht mehr erfordere.

Zimmerlin scheint der Fall keineswegs klar zu liegen, denn ein konservatives Organ, das sonst sehr genau weiß, was in und um Potsdam vorgeht, — die „D. Tageszeitung“ nämlich — sieht sich zu folgender Bemerkung veranlaßt:

„Es wäre dringend zu wünschen, daß über das Bestehen des Kaisers sichere Nachrichten verbreitet würden. Das deutsche Volk hat ein Recht darauf, zu wissen, ob der Unfall, der Sr. Majestät getroffen hat, doch noch ernste Folgen befechten läßt.“

Holland.

Die Ersatzwahlen in Leenwarden und Winschoten — so wird aus Amsterdam geschrieben — werden am 27. Juli stattfinden, die Stichwahlen, wenn nöthig, am 3. August. Untererwärts sind, wie schon gemeldet, Genosse Bar und Van Kol kandidirt. In beiden Wahlkreisen wenden die bürgerlichen Parteien das mögliche an, um uns den Sieg streitig zu machen. Alle spielen sich sehr radikal auf. Die Leenwardener Vereine, welche vorher den Radikalen Gerritsen kandidirten, haben jetzt den „Radikal-Sozialisten“ Middelkoop als Kandidaten gewählt, die Liberalen statt des konservativen Kieffstra den fortschrittlichen Pyttersen. Die Ultramontanen werden schon im ersten Wahlgange für den anti-revolutionären Kandidaten stimmen. In Winschoten treibt man dasselbe Spiel. Die Liberalen haben dort jetzt einen radikalen Kandidaten. Die geplante Einigung zwischen allen Schutzöllnern ist hier aber mißlungen.

Die Lage ist somit ganz verändert und über unsere Aussicht läßt sich gar nichts voraussagen.

Die letzten Wochen haben uns einige Erfolge gebracht bei den Gemeinderaths-Wahlen. In Sappemeer (Provinz Groningen), Ibaardarabeel (Provinz Friesland), Hengelo und Almelo (Provinz Dberysel) sind Sozialdemokraten in die Gemeinderäthe gewählt worden. In Amsterdam ist Henri Polat, der Vorsitzende des Diamantarbeiter-Bundes, in der Stadt Groningen Schaper, ein Mitglied des Parteivorstandes, in Winschoten der Genosse Kether in Stichwahl gekommen.

Auch auf diesem Gebiete hat also der Kampf der holländischen Arbeiterklasse einen Anfang genommen.

Belgien.

Leopold, der Belgierkönig, hat, wie unsere Leser wissen, wegen zweier Ende vorigen Jahres erschienener Notizen gegen das „Hamburger Echo“ Strafantrag gestellt, in dem er sich „beleidigt“ fühlte. Gegen den zu jener Zeit verantwortlichen Redakteur des „Echo“, Stenzel, ist auch richtig Anklage erhoben worden. Stenzel hat es indessen unternommen, den Wahrheitsbeweis für die bezüglich Leopolds aufgestellten Behauptungen zu erbringen, und er hat den Antrag gestellt, daß einige Personen aus der Umgegend des Belgierkönigs kommissarisch von einem belgischen Gericht vernommen werden sollen.

Nach der „Petite Republique“ haben die belgischen Behörden diese kommissarische Vernehmung abgelehnt, und zwar unter Berufung auf die Verfassung, welche die Unverletzlichkeit des Königs garantirt. Die Unverletzlichkeit lasse es nicht zu, daß die Justizbehörden sich zu Untersuchungen ergäben, welche das private oder politische Verhalten des Königs betreffen.

Die „Petite Republique“ stellt in ihrem „Ce bon Leopold“ betitelten Artikel sehr interessante Betrachtungen über den Belgierkönig an und namentlich über das noble Verfahren, durch Verbot der Vernehmungen dem Angeklagten die Möglichkeit zu rauben, den Wahrheitsbeweis zu erbringen. Leider müssen wir es uns in Rücksicht auf unsere „Pressefreiheit“ versagen, den Artikel des Pariser Blattes zu reproduzieren. König Leopold wird nicht sehr erbaut sein von dem Umstande, daß seine „Noblesse“ nun auch in Paris gebührend charakterisirt wird.

Die bedingte Verurtheilung. Die bedingte Verurtheilung und die bedingte Haftentlassung ist in Belgien durch Gesetz vom 31. Mai 1888 eingeführt worden. Der Justizminister Vegeren hat jetzt der belgischen Repräsentantenkammer einen Bericht über die Ausführung des Gesetzes im Jahre 1895 und über die von 1888 bis 1895 gewonnenen Ergebnisse erstattet. Der Bericht stellt fest, daß das Gesetz einen sehr günstigen Erfolg gehabt und einen Rückgang der Kriminalität herbeigeführt hat.

Die Polizeigerichte bewilligten die Bedingtheit bei über 25 pBt. ihrer Verurtheilungen; die Justizpolizeigerichte billigten an 30 pBt., also einem Drittel ihrer Verurtheilten, die Bedingtheit zu, haben aber die Verweigerung verweigert. Die 1895 erzielten Ergebnisse sind als normale anzusehen. Die Zahl der Rückfälle erreicht nicht 4 1/2 pBt. der Gesamtzahl der bedingten Verurtheilungen, während die Statistik im Verhältniß von über 50 pBt. für den gesammten Rückfall ergibt, und die Strafstatisik bewirkt, daß mehr als 70 pBt. der Gefangenen schon eine Bestrafung erlitten hatten.

Um das Gesammtbild klar zu stellen, sind die Ergebnisse für 1895 und seit 1888, dem Bestehen des Gesetzes, wichtig. Die Justizpolizeigerichte haben 1895 42 964 Verurtheilungen ausgesprochen, davon 14 283 bedingte, Rückfälle 1503, seit 1888 340 102 Verurtheilungen, davon 89 285 bedingte, Rückfälle 6069. Die Polizeigerichte haben 1895 143 767 Verurtheilungen ausgesprochen, davon 36 824 bedingte, Rückfälle 758 und seit 1888, dem Bestehen des Gesetzes, 1 064 054 Verurtheilungen, davon bedingte 146 022, Rückfälle 2209. Bei Verurtheilungen haben die Appellhöfe seit dem Bestehen des Gesetzes 1116 Mal die Bedingtheit bewilligt und nur 436 Mal die von der ersten Instanz bewilligte Bedingtheit wieder rückgängig gemacht. Auch die vorzüglich ausgeübte bedingte Haftentlassung hat günstige Ergebnisse geliefert. Von den 1205 bedingt aus der Haft entlassenen sind nur 43, also gegen 3 1/2 Prozent, wieder rückfällig geworden und mußten ihre Strafe ganz verbüßen.

Amerika.

Karl Schurz, dem bekanntesten Deutschen in den Vereinigten Staaten, einem Achtundvierziger, soll der St. Petersburger Volschafterposten angeboten worden sein.

Lübeck und Nachbargebiete.

21. Juli.

Zugung ist fernzuhalten von Fischern und Töpfern nach Klostok, Schloßern und Maschinenbauern nach Dänemark.

Achtung Holzarbeiter! Nach den Möbelwerkstätten von Gebi. Wasserstradt, W. Seuff, S. W. Th. Bahrdt, J. B. S. Pamperin, J. Schramm, Demuth u. Co., sowie L. D. J. Bangert ist der Zugung streng fernzuhalten. Anfragen u. s. w. sind zu richten an D. Mohde, Beberstraße 3. Die Arbeiterblätter werden um Abdruck gebeten. Die Wohnkommission der Holzarbeiter.

Ueber Uneinigkeit innerhalb der sozialdemokratischen Partei faßelt in dem Leitartikeln der heutigen Nummer der „Gen.-Anz.“ Er schreibt:

„Man denke nur an das kühle Verhältnis zwischen der bayerischen Sozialdemokratie und den Debesten, an den Kampf der Jungen in der Partei gegen Liebknecht und an der erst leztlich wieder hervorgetretenen vollkommen entgegengesetzten Auffassung bei der Betheiligung an den preussischen Landtagswahlen. Darum mag auch bei den Sozialdemokraten früher oder später ein Moment kommen, wo auch äußerlich eine Scheidung eintritt.“

Der verehrte Artikelschreiber scheint zu träumen. Die Geschichte unserer Partei kennt er jedenfalls sehr schlecht; denn sonst müßte er wissen, daß die Sozialdemokratie nie so festgeschlossen dagestanden hat, wie gerade jetzt. „Das kühle Verhältnis“ ist längst kein Verhältnis mehr und war nie eins. Die bezüglich der bayerischen Landtagswahlakt gepflogenen Verhandlungen haben bekanntlich ihren Abschluß schon vor Jahren gefunden. An sie denkt kein Mensch mehr. „Die Jungen contra Liebknecht“ gehören zu den sagenhaften Erinnerungen an jene Zeit, da hier in Lübeck ein Lange und Konforten den „anarchistischen“ Hanswurfs spielten. „Wo sind sie hin? Es preißt der Wind, es rauschen und wandern die Wellen — aber den Lange bringt keine wieder.“ Und die entgegengesetzten Anschauungen bezüglich der preussischen Landtagswahlen? Nun, wenn unsere Partei niemals schwierigere Fragen zu lösen gehabt hätte, als diese, dann hätte sie seelenvergnügt sein können. — Tobias mag sich beruhigen. Auf die Uneinigkeit in unserer Partei spekuliren die Gegner schon einige 20 Jahre und noch immer haben sie schließlich

resignirt sagen müssen: „Es ist halt nicht!“ Und augenblicklich ist wahrlich der Boden für solche Spekulationen am allerungeeignetsten.

Würgeranschluß. Sitzung vom 21. Juli. Es wurden erwählt zum Vorsitzenden Vordirektor Dr. Venba. Zum ersten bzw. zweiten Stellvertreter Bud und Klund. In die Wahlkollation wurden vertheilt: I. Dr. Venba, Lauenstein, Dr. Biehl, Scharr, Just, Tegmeyer, Fehling, J. S. S. Coers, Heidenreich, II. Bud, J. S. Coers, Burmeister, Schwarzopf, Dr. Klund, Dr. Baehle, Dr. Sommer, Sartori, Wengeroth, Madbruch, III. Klund, Thiel, Heimann, Rabus, Schwarz, Wilms, Gummann, Meeths, Dr. Müller, Dr. Gabel. — Mitgenehmigt ward der Antrag, daß dem Finanzdepartement zur Ausführung von Kulturaarbeiten im Iraxelsdorfer Forstrevier in diesem Jahre an noch der Betrag von 4000 Mk. zur Verfügung gestellt und angewiesen werde, sowie der Antrag, daß der Banddeputation zur Anlage einer Gasbeleuchtung in den Dienstbüden des Hauptkollektors der Betrag von 1400 Mk. zur Verfügung gestellt und angewiesen werde. — Das Gleiche geschah mit dem Antrag, daß dem von der Kanalbaubehörde mit der Lübecker Konservenfabrik vereinbarten Grundauslastungsverträge die Genehmigung erteilt werde. Es handelt sich um Erwerb eines zur Vertheilung der Pflanzthorale erforderlichen Grundstücks. — Der Antrag, daß der Banddeputation zur Ausführung des Werkes bei den Schuppen Nr. 21—24 und zum Verlegen des oberhalb des Schuppens Nr. 18 stehenden Uferkrahens der Kaufmannschaft nach Maßgabe des Berichtes und des Kostenanschlages des Bauinspektors Krebs vom 1. Juli d. J. staatsseitig erforderlich werdenden Arbeiten ein Betrag bis zu 23 750 Mk. zur Verfügung gestellt und diese Summe mit 22 168,74 Mk. und 1581,26 Mk. auf die zu erwartenden Verwaltungsüberschüsse des Ab. Rechnungsjahres angewiesen werde. Gleichzeitig ward beschlossen ein von Fehling beantragtes Ersuchen an den Senat zu richten, lauten: „Der Würgeranschluß ersucht den Senat, bei der Dringlichkeit der Sache die Ausführung der beabsichtigten Arbeiten sofort beginnen zu lassen.“ Mitgenehmigt ward der Antrag, daß dem Polizeiamte zur Verrichtung der Ausgaben für den Van d'Armenverband für das Rechnungsjahr 1896/97 der Betrag von Mark 2273,79 nachbewilligt und diese Summe angewiesen wurde. Der Würgeranschluß gutachtlich zur Mitgenehmigung empfohlen wurde der Antrag, daß dem Polizeiamte zur Ausgleichung der Abrechnung über die Kosten des Maximalgefängnisses im Jahre 1896/97 Mark 12951,03 nachbewilligt und daß dieser Betrag auf die zu erwartenden Verwaltungsüberschüsse des Jahres angewiesen werde.

H. Vom Hafen. Aus Interessententzweige geht uns nachstehende Zuschrift zu: Schon in vielen Versammlungen der Hafenarbeiter aller Orten ist darauf hingewiesen, daß durch die Arbeit der Mannschaft beim Entlöschten oder Beladen des Schiffes ein auf den Hafenarbeitern schwer lastendes Uebel eingerissen ist, weil denselben hierdurch eine nicht zu unterschätzende Konkurrenz bereitet wird. Diesem Uebel kann nur der Garous gemacht werden, wenn Hafenarbeiter und Seelente sich stramm organisiren. Inwiefern es die Medereien verstanden haben, für sich einen Vortheil daraus zu ziehen, werden wir durch eine oberflächliche Berechnung beweisen. Wer die einschlägigen Verhältnisse einigermaßen kennt, wird zugeben, daß folgende Zahlen sehr niedrig bemessen sind: Die Hanseatische Dampfschiffahrt-Gesellschaft in Lübeck läßt 4 Touren-Schiffe zwischen hier und den russischen Häfen fahren; jedes Schiff macht durchschnittlich 15 Reisen das Jahr. Es werden nun 4 Leute der Mannschaft zum Entlöschten oder Beladen gestellt, die Zahl der Tage pro Reise, die sie hier und im russischen Hafen beschäftigt werden, beträgt etwa 10, macht bei 15 Reisen à 10 Tage = 150 Tage. Das giebt für 4 Mann 600 Tage. Rechnen wir den Tag zum Durchschnittslohn von 3 Mk., so giebt das eine Summe von 1800 Mk. oder bei 4 Schiffen 7200 Mk. Wendet man dieselbe Berechnung auf sämtliche hiesigen Schiffe und ferner auf sämtliche auswärts beheimatheten, hier einlaufenden Schiffe an so kann man wohl sagen, daß durch diese Handhabung den Hafenarbeitern eine Menge Arbeitsgelegenheit und gering geschätzt eine Summe von circa 70,000 Mk. jährlich an Verdienst entgeht. Würde die Arbeitsgelegenheit und der Verdienst den Hafenarbeitern zu gute kommen, so würde mancher von ihnen nicht das halbe Jahr beschäftigungslos am Hafen umherlaufen, sondern auskömmlichen Verdienst finden. Auch in Betreff der Zahl der Unfälle würde ein günstigeres Resultat erzielt werden, denn es ist Thatsache, daß dadurch, daß die Schiffsmannschaft mit den Hafenarbeitern zusammen arbeitet, die meisten Unfälle verursacht werden, speziell auf den ausländischen Schiffen, wo die Besatzung und die Hafenarbeiter sich gegenseitig nicht verstehen können. Die Zahl der Unfälle würde sich bedeutend verringern, wenn Hafenarbeiter an die Dampfschiffe gestellt und überhaupt zu jeglicher Bösch- und Ladearbeit verwendet würden. An den Hafenarbeitern Lübecks in erster Linie liegt es, sich Mann für Mann den Organisationen anzuschließen und dadurch ihre und ihrer Kollegen Lage zu verbessern. Aber auch die Seelente haben die Pflicht, sich zu vereinigen, um gegen die mittelalterlichen Bestimmungen der Seemannsordnung Sturm zu laufen und was speziell den hier erörterten Fall anlangt, den S'30 aus der Welt zu schaffen. Auch sie werden eine wesentliche Erleichterung ihres Daseins dadurch erhalten. Denn ist es nicht unerhört, daß, wenn man als Seemann tagsüber in der Ladung gearbeitet hat und es Abends in See geht, man, obgleich todtmüde, seinen Wachtdienst verrichten muß? Wodurch entstehen die vielen Seemannsfälle? Von beiden Seiten, sowohl von den Hafenarbeitern wie von den Seelenten, muß diesem Mißstande zu Leibe gegangen werden, und er wird beseitigt werden, wenn nur die Hafenarbeiter und Seelente recht bald ihre Gleichgültigkeit abstreifen. Hoffentlich werden durch diese Zeilen und Zahlen auch dem Blindesten die Augen geöffnet, auf daß er weiß, in welche Reihen er gehört.

Die Lübecker Feuerversicherungs-Gesellschaft in Liquidation hat, wie wir unserem Leipziger Parteiblatt entnehmen, der sächsischen Brandversicherungskammer angezeigt, daß ihre sämtlichen Verpflichtungen im Königreiche Sachsen erledigt, insbesondere alle geschlossenen Versicherungsverträge gelöst und Entschädigungsansprüche der Versicherten irgend welcher Art nicht mehr zu be-

gleiches sein. Die Brandversicherungskammer bringt dies gemäß § 22 Abs. 5 der Ausführungsverordnung zum Gesetz über das Mobiliar- und Privatfeuerversicherungs- wesen vom 20. November 1876 mit der Aufforderung zur öffentlichen Kenntniss, etwaige mit der Lübecker Feuer- versicherungsgesellschaft geschlossene und noch nicht gelöste Versicherungsverträge sowie etwaige Entschädigungs- ansprüche binnen einer Frist von sechs Wochen bei ihr schriftlich anzumelden. Wer diese Anmeldung veräumt, geht des Rechtes verlustig, zu verlangen, daß sein An- spruch gegen die Versicherungsanstalt im Verwaltungs- wege berücksichtigt werde.

Wahl. Auf Grund des Art. 4 der Verfassung der evangelisch-lutherischen Kirche im Lübeckischen Staate vom 2. Januar 1895 hat der Senat an Stelle des ver- storbenen, nicht geistlichen Mitgliedes des Kirchenrathes, Rechtsanwalts Dr. v. N. Carl Friedrich Lindenberg den Oberlehrer Dr. v. Phil. Johann Wilhelm Peter S o b t zum Mitgliede des Kirchenrathes erwählt.

Wägen. Die neuerbaute Eisenbahnstrecke Jarrentin- Røgeburg-Obesloe wird voraussichtlich am 15. August dem Verkehr übergeben.

Harburg. Preßkinder. Vor der Strafkammer des Landgerichts in Stade hatte sich Genosse Thiel wegen verschiedener Mißthaten zu verantworten. Er hatte als politischer Redakteur in der Nr. 304 des „Volksblatt“ vom 30. Dezbr. v. J. ein Entresillit unter dem Titel: „Brüderwille aus Mülhausen“ veröffentlicht, welches der Mannheimer „Volksstimme“ entnommen war. Die behaupteten Thatsachen stellten sich später jedoch als zum Theil sehr übertrieben, zum anderen Theil als unwahr heraus. Der Kriegsminister hatte deswegen Strafantrag wegen Beleidigung des Offizierskorps der Garnison Mül- hausen und der Staatsanwalt wegen einer der Notiz an- gehängten Bemerkung, in welcher den Zivilisten das Tragen von Revolvern angerathen war, Strafantrag wegen Aufreizung zum Klassenhaß und zu Gewaltthätig- keiten gestellt. Weiter wurde Thiel zur Last gelegt, die Mitglieder des meiningischen Landtages beleidigt zu haben. In der Verhandlung wurde Thiel zu 500 Mark Geld- strafe verurtheilt.

Güstrow. Die Gefellen des Dachdeckermeisters W. Christen haben am Dienstag die Arbeit niedergelegt. Sie fordern 10stündige Arbeitszeit und 35 Pf. Stunden- lohn. Auch wollen sie mit dem ungelerten Arbeiter A. auf ein und derselben Arbeitsstelle nicht zusammen ar- beiten. Zuschriften sind zu richten an Albert Dräger, Dachdecker, G ü s t r o w, Baustr. 11. Alle Arbeiterblätter werden um Abdruck gebeten.

Hadersleben. Vor Kurzem starb in der hiesigen Christine-Friederike-Stiftung der Vorarbeiter Blaugstrup von der Petersen'schen Knochenmehlfabrik in Silberotting an den Folgen eines Rückenstichs. Am

vorigen Sonnabend hat der Verstorbene den Stich er- halten und sich durch unvorsichtiges Auftragen der Wunde eine Blutvergiftung zugezogen, an welcher er unter entse- tlichen Schmerzen gestorben ist.

Tivoli-Theater.

Wer zu einem Birch-Pfeiffer-Schauspiel geht, weiß, daß er Thränen zu vergießen hat; dies bewahrheitete auch Frau Suppan- Wills Benefiz-Vorstellung „Mutter und Sohn“ von der Theater-Direktorie Charlotte Birch-Pfeiffer, selbstverständlich nach einem Roman bearbeitet. Die Regie des Herrn Direktor Müller war musterhaft, die Gesamtwirkung des Stückes konnte keine bessere sein. Wir würden aber den Darstellern unrecht thun, wollten wir diese Wirkung der Antorch allein zuschreiben. Nur bei gutem Spiel wirken die Birch-Pfeiffer'schen Stücke, und das Sprichwort: vom Erhabenen zum Lächerlichen nur ein Schritt ist, ist ganz besonders bei diesen Mährchen zu beherzigen. Die Artpe haben sämtliche Darsteller glücklich verstanden, ja die Mehrzahl derselben hat geradezu eine Musterdarstellung gegeben. Frau Suppan-Wills (Generalin) wußte alle Pointen und Feinheiten in künstlerischer Weise zu fassen und mit Sicherheit über die ihr zur Verfügung stehende Kraft zu gebieten. Herr W a g i m l i a n (Bruno) hatte einen recht glücklichen Tag. Wir haben ihn noch nicht mit solcher Jungfräule gesehen, wie in dieser Rolle. Ebenso glücklich in der Darstellung war Frä. W a s b - m a n n (Selma), die sich dann stets am vortheilhaftesten zeigt, wenn sie sentimental sein darf. Sehr wirkungsvoll wurde die kleine und dankbare Rolle des Buchhalters Stromer durch Herrn Direktor M ü l l e r dargestellt. Herr V e r n e d e gefiel uns am liebsten als Pfarrer. Unserer persönlichen Empfindung nach dürfte er für das ältere Geschlecht, sofern er Liebe besitzen könnte, besonderes Talent haben und deshalb noch gebiegenes leisten. Herr S o c h - b e r g (Stephan) war wie immer. Er spielte maßvoll und über- legt; ebenso Frä. J ä g e r (seine Frau), die ihr vielseitiges Talent wieder einmal von einer neuen Seite zeigen konnte. Von den Trägern der kleineren Rollen fiel Frau Richter (Frau v. Pirau) vortheilhaft auf.

Am Freitag ist das Benefiz des Frä. J ä g e r. Gegeben wird „Der Jesuit und sein Zögling“ und „Die kleinen Lämmer“. Auf den Ehrenabend der allbeliebten Künstlerin machen wir hierdurch schon jetzt aufmerksam.

Aus Holz und Fern.

Zwickau. Sächsische Gerichts- u. Polizeipraxis. Am vergangenen Sonnabend sollte auf er- hobenen Einspruch dreier Genossen aus Marienthal, denen f. B. wegen Verbreitung einer Agitationsnummer des „Sächsischen Volksblattes“ Strafmandate von je 50 Mk. zugegangen waren, Verhandlung vor dem Schöffengericht Z w i c k a u stattfinden. Sonderbarerweise befand sich bei den Gerichtsakten nicht die betreffende Agitationsnummer, sondern ein Exemplar des jüngst verbreiteten Landtags- wahlflugblatts. Unsere Genossen Lorenz, Knake und Geyer haben nun aber mit der Verbreitung dieses Flug- blattes gar nichts zu thun gehabt; dasselbe sagte der als Zeuge erschienene Gensdarm aus, welcher noch meinte, wegen dieses Flugblattes werde wahrscheinlich eine An- klage gegen einen anderen Lorenz aus Tannenhof noch kommen. Unter diesen Umständen konnte die Verhand- lung nicht zu Ende geführt werden, zumal der Gensdarm

auf dem Pastor in Lichtentanne, welcher sich angeblich durch die Agitationsnummer „belästigt“ gefühlt haben soll, aber nicht zu Hause war, als dieselbe ge- bracht wurde. — Niemanden als beauftragt bezeichnen konnte. Nur die Frau Pastorin sei zu Hause gewesen. Der Amtsanwalt beantragt Veragung des Termins, da man ein Exemplar der betr. Agitationsnummer doch auf deren Inhalt ansehen und prüfen müsse. Der Termin wurde darauf vertagt, dem Gensdarmen aber aufgegeben, zur Verhandlung Leute in Lichtentanne auf- zuzuchen, welche sich belästigt gefühlt haben sollen.

Nur immer hübsch abtufen! Nicht weit von Butt- kamerun liegt bekanntlich die Insel Rügen. Recht sonderbar, so schreibt der „Vorw.“, nimmt sich eine amt- liche Anzeige des Landrathsvertreters in Bergen a. N., des Regierungsassessors Freiherrn von Matyahn, aus. Es heißt: Herr Rittergutsbesitzer Bogge zu Schweidnitz ist Amtsvorsteher und Standsbeamter, Herr Major von Ubedom stellvertretender Amtsvorsteher, aber der Lehrer Müller stellvertretender Standsbeamter für den Amtsbezirk Renthkuchen.

Briefkasten.

G. Barzel, Dandestr. 81. Sie scheinen bei der Lektüre des Blattes die Augen nicht genügend aufgesperrt zu haben, sonst würden Sie gefunden haben, daß gerade dasjenige, was Sie ver- missen, darin steht. Oder reicht etwa ihr politisches Verständnis nicht soweit, das zu begreifen? Der ganze Charakter Ihrer Zu- schrift zeigt übrigens davon, daß Sie der Letzte sind, der im Stande ist, andern Leuten etwas über das Wesen unserer Partei zu erzählen. Seyen Sie sich lieber auf die Hosen und lesen fleißig. Mit blutrünstigen Phrasen imponiren Sie Niemanden und mit fruchtigen Schimpfereien widerlegen Sie keinen Gegner.

Quittung.

Für die Familien der Verurtheilten sind ein- gegangen: Gesammt bei einer gemüthlichen Gesellschaft in Israelshorf 1.— Mk. Weitere Gelder nimmt gern entgegen Die Expedition, Johannisstraße 50.

Sternschanz-Viehmarkt.

Der Schweinehandel verlief träge. Preis: Berianthschweine schwere 52-55 Mk., leichte 53-56 Mk., Sauen 40-48 Mk. und Ferkel 52-55 Mk. ur 100 Stk.

See-Berichte.

Dampfer „Endwig“, Kapl. Förster, ist am 20. Juli von Kron- stadt auf hier abgedampft. Dampfer „Luna“, Kapl. Knust, ist am 21. Juli von Neufahr- wasser auf hier abgedampft. Dampfer „Castor“, Kapl. Albers, ist am 20. Juli von Emmerich bergwärts gefahren. Dampfer „Europa“, Kapl. Voigt, ist am 20. Juli von Wlth auf Wafa abgedampft. Dampfer „Tyr“ ist am 20. Juli von Ljusne auf hier ab- gegangen.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber durchaus keine Verantwortung.

Wir ersuchen unsere Leser, diejenigen Geschäfte, welche im Lübecker Volksboten inseriren, zu berücksichtigen und bei event. Einkäufen sich auf unser Blatt zu berufen.

Durch die glückliche Geburt eines Knaben wurden hocherfreut **K. Bruhns und Frau.**

Früh **August Metschulat** zu seinem 30. Geburtstag ein sonnernes Hoch, das de 3 Sonntagsgang wartelt.

Die durstigen Seelen.

Zu vermieten ein Logis

für 2 junge Leute in Schwartauer Allee 88.

Zu vermieten zum 1. Okt. e. Wohnung

Marlystraße 16 a.

Gesucht zu sofort ein tüchtiger Knecht

Struckfahre.

Verloren am 2. Volksfesttage auf dem Fest- plaze ein schwarzer Kragen. Abzu- geben gegen gute Belohnung Marlystraße 16 a.

Der junge Mann wird gebeten, den gestundenen schwarzen Kragen nochmals gegen Belohnung ab- zugeben Fleischhauerstraße 30, 3. Et.

Hobelpähne, Saft 10 Pfg.

sind abzugeben Blantstraße 16.

Empfehle:

Holsteiner Bruch-Käse

sehr gut, Pfd. 15 und 20 Pfg.

gebrannten Kaffee

von 80 Pfg. bis 1,60 Mk. per Pfd., kein Bruch,

C. F. Leukefeld

Große Gröpelgrube 10.

Feinste frische Metereibutter auf Eis

Extra-Margarine

empfiehlt **Joh. Holst,** Dankwarts- grube 35.

Allerfeinste Matjesheringe

per Stück 10 Pfg.

empfiehlt **T. Bahrmann.**

Matjesheringe

à 10 und 5 Pfg.

empfiehlt in guter Qualität **Heinrich Koop**

Markttwiete 4.

Die Elektrizität und ihre Technik.

Eine gemeinverständlich Darstellung der physikalischen Grundbegriffe und der praktischen Anwendung der Elektrizität.

Von **W. Beck,**

Ingenieur für Elektrotechnik.

Mit einem Anhang:

Das Wesen der Elektrizität und des Magnetismus

von **J. G. Vogt.**

Mit zahlreichen Illustrationen, farbigen Bildern, Conbildern, Beilagen u. s. w.

• In 55 wöchentlichen Lieferungen à 10 Pfg. •

(oder in Heften à 50 Pfg.)

Einbanddecke in feinem Halbfranzband à Mk. 1,50.

Über die hohe Bedeutung eines derartigen Werkes als Bildungsmittel für die weitesten Kreise ist jede Diskussion überflüssig. Leben wir doch heute bereits mehr im Zeitalter der Elektrizität als in dem des Dampfes.

Der billige Preis, der auch dem Unbemitteltesten die Anschaffung dieses Werkes ermöglicht, macht es zu einem Volksbuche, einem Arbeiterbuche im besten Sinne des Wortes. In jedem Berufe spielt heute die Elektri- zität mehr oder weniger eine Rolle, ein solches Buch ist daher heute für jeden Arbeiter ein unentbehrlicher Führer und Ratgeber.

Zu beziehen durch die Expedition dieses Blattes. Alle Austräger nehmen Bestellungen entgegen.

Sieben erschien:

Die Herrenhaus-Zunker und die Arbeiter.

Reden der Herren **v. Pankamer und v. Stamm.**

Nach dem stenographischen Bericht über die Verhandlungen im Herrenhause über die Aenderung des preussischen Vereins-Gesetzes.

Mit einer Einleitung.

Preis 10 Pfg.

Preis 10 Pfg.

Zu beziehen durch die Expedition des Lübecker Volksboten.

Neu eingetroffen:
Emaillierte Trinkflaschen
 do. **Esenträger,**
 do. **Nochgeschirre**
 sehr billig
Markt Nr. 15.
Frankenthal & Co.

Reisekörbe, Korblehstühle sowie alle Arten Korbwaren empfiehlt zu sehr billigen Preisen **Karl Nielsch jun.,** 71 Engelsgrube 71. NR. Reisekörbe werden auch ausgeliehen.

Miethe-Quittungs-Formulare sind zu haben in der Expedition des Lübecker Volksboten Johannisstraße 50.

Ausserordentliche General-Versammlung der **Kranken- und Sterbelasse „Fidelitas“** (E. S. Nr. 19) **am Montag den 26. Juli** Abends 9 Uhr in den **Central-Hallen, Dankwartsgrube.** Tages-Ordnung:
 1. Abrechnung vom verfloffenen Halbjahr.
 2. Vorstandswahl laut § 17.
 3. Anträge und Beschlüsse.
 NB. Da die Generalversammlung am 12. Juli nicht beschlussfähig war, so kommt jetzt der § 22, Abs. 2, in An- wendung.
Der Vorstand.

Tivoli-Theater. Freitag den 23. Juli, 7 Uhr **Benefiz für Frä. Olga Jäger** **Der Jesuit und sein Zögling.** Lustspiel in 4 Akten. Hierauf: **Die kleinen Lämmer.** Gewöhnliche Preise.

Neues über orientalische Reformen.

Die Botschaft hört man wohl, allein uns fehlt der Glaube! Umfassende Reformen sollen in der kleinasiatischen Türkei nicht nur geplant, sondern bereits in der Ausführung begriffen und sogar schon auffällig weit gediehen sein. So berichten dieser Tage türkische Zeitungen.

Das von einer, vom Sultan ernannten Kommission ausgehende Reformprojekt, mit dem eine Anzahl Vilajets (Provinzen) beglückt wurden, umfaßt nicht weniger als 32 Artikel, die demnächst auch an allen übrigen Provinzen des osmanischen Reiches zur Durchführung gelangen sollen. Daß sich die Staatsreformatoren mit ihrer schweren Arbeit zunächst in die Provinzen und zwar an asiatische wandten, dafür könnten verschiedene sehr gewichtige Gründe in's Feld geführt werden. Seit Langem sind die Kenner der Verhältnisse in der Türkei darüber einig, daß die Provinzverwaltung der wunde Stelle am türkischen Staatskörper ist, aber freilich auch darüber, daß gerade hier die Reformen am schwierigsten durchzuführen wären, wenn sie überhaupt möglich sind. Des Ferneren fällt schwer in's Gewicht, daß die Bevölkerung in der europäischen Türkei weit weniger zu leiden hat, als die der asiatischen. Zwar besteht die Bevölkerung der letzteren zum überwiegenden Theile aus Mohammedanern, die man als man die herrschende Nation betrachtet und deswegen für Bebrücker ihrer andersgläubigen Mitbewohner ansieht, und nicht als Bedrückte.

Das war gerade einer der größten Irrthümer der europäischen Diplomatie, welche hartnäckig annahm, daß das Willkürregiment im Orient nur die christlichen Unterthanen belaste, und dabei ganz überseh, oder absichtlich ignorierte, daß die Massen der mohammedanischen Volksangehörigen in allen Nothfällen weder bei ihrer Geistesfreiheit, oder gar bei einem Patriarchen, noch bei einem Konsulat oder einer Gesandtschaft Schutz finden.

Nun fällt sofort an den, den türkischen Blättern entstammenden Berichten das Eine auf, daß es sich, mit Ausnahme einer einzigen Provinz, um armenische Vilajets handelt, die allerdings unter jenen blutigen Greuelthaten zu leiden hatten, welche in jüngster Zeit in ganz Europa so furchtbare Aufregung hervorgerufen haben, in denen jedoch die wirtschaftlichen Verhältnisse noch bei Weitem nicht so schlimm sind, als im westlichen Kleinasien.

Wir haben es also offenbar mit einer angeblichen Durchführung des zwischen der Pforte und den europäischen Großmächten seiner Zeit vereinbarten Reformplanes zu thun, dementsprechend zuvörderst an die Seite jedes der mohammedanischen Generalgouverneure in sechs Provinzen je ein christlicher Stellvertreter gesetzt worden ist. Auch in allen Sandschaks (Regierungsbezirken) und Rasos (Kreisren) — welche letztere von Keimakan — gleich den preussischen Landräthen oder den Kreishauptleuten — regiert werden, sind den höchsten Verwaltungsbeamten christliche Stellvertreter beigegeben worden. Außerdem sind — angeblich genau entsprechend dem Verhältniß zwischen der mohammedanischen und christlichen Bevölkerung in den betreffenden Provinzen, Bezirken und Kreisen — auch niedere christliche Verwaltungsbeamte er-

nannt worden; auch sollen die Gemeinden in ganz europäischer Weise organisiert und Dorfsälteste, sowie Gemeindevorstände oder Gemeinderäthe gewählt und mit dem Recht ausgestattet worden sein, sich als Friedensgericht zu konstituieren.

Diese Gemeindeorganisation soll bereits sammt den dazu gehörigen Wahlen in den armenischen Vilajets Erzerum, Karpuz, Bitlis, Diarbekir und dem anatolischen Siwas völlig durchgeführt sein.

Ferner sollen Gerichtsinpektoren, zur Hälfte Christen, zur Hälfte Mohammedaner, ernannt sein, welchen seitens der vom Sultan ernannten Kontrollkommission aufgegeben sei, regelmäßige Berichte an die Regierung einzusenden. Desgleichen soll auch schon in den Hauptorten der Kreise, Regierungsbezirke und Provinzen die Polizei reformirt und überall eine nicht unbeträchtliche Anzahl Christen zu Polizeibeamten bestellt sein. Auch hat die Pforte an die Generalgouverneure der Provinzen strenge Mahnungen zu eifrigster Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit ergehen lassen; ebenso sollen Anstalten getroffen sein, die Regelmäßigkeit des Dienstes der Postkouriere zu sichern. Ferner sollen die Gemeinderäthe nach Vollendung der Gemeindeorganisation auch Dorfwächter zu ernennen gehalten sein, deren Mehrzahl in der Hälfte der Provinzen schon provisorisch ernannt wäre. Des Weiteren sind den Provinzialbehörden Anweisungen erteilt, eine Reihe von hygienischen Vorschriften für die Gefängnisse zu beobachten, mit deren Verbesserung sie sich auch in Zukunft zu beschäftigen haben werden.

Zugleich sind Reglements ausgearbeitet worden betreffs Verhinderung ungerechter Verhaftungen. Endlich sollen zwischen der Kontrollkommission und dem Unterrichtsministerium Beratungen gepflogen werden bezüglich der Feststellung des Kostenaufwandes für den öffentlichen Unterricht in allen kleinasiatischen Provinzen.

Die vorerwähnten Punkte des Reformprogramms könnten wenigstens zu einem gar nicht unbeträchtlichen Theil in uns europäischen Kulturmenschen einen gewissen Reiz erwecken, wenn wir der so plötzlich über uns hereinbrechenden Botschaft nicht, wie bereits vorausgeschickt, den Glauben zu versagen gezwungen wären. Zu allem Ueberflus kommt bei einigen der Mittheilungen im Berichte der Reformkommission für jeden Sachkenner deutlich genug der Pferdeschweif zum Vorschein. Schon die Kunde, daß auch in diesem Jahre der Zehnten, wenn auch dorfsweise, verpachtet werden soll, verräth genug. Es wird also nach wie vor bei der brutal hohen Besteuerung und bei der nichtswürdigen Art der Steuererpressung durch erbarmungslose Staatschmarozker — die Zehntenpächter — sein Bewenden haben.

Diese Zehnten, die schon seit 1874 von 10 auf 12 1/2 Prozent erhöht sind, werden meistens an reiche Kapitalisten verpachtet, welche die Pachtsumme im Voraus entrichten. Weist erhält der Weistbietende den Vorzug. Ueber das höchste Angebot muß nach Konstantinopel berichtet werden, von wo fast immer in die Provinzen der Auftrag zurückkehrt, womöglich noch mehr herauszupressen. Wie alsdann vom Pächter die Steuerpflichtigen bedrückt werden, läßt sich denken. Zunächst steht es ganz in seinem Belieben, ob er den Zehnten in Naturalien oder in Geld einfordert. Läßt er sich Geld geben, so setzt er den Preis

des Getreides willkürlich fest. Verlangt er Getreide, so nimmt er viel mehr als ihm zukommt.

Wenn die Reformkommission nicht an die Abschaffung des oft mit Hilfe der ärgsten Brutalitäten zur Eintreibung gelangenden Zehnten geht, so bleibt eine der Hauptquellen alles Uebels uneingeschränkt bestehen. Der Zehnte aber ist im Koran vorgeschrieben und gilt daher als göttliche Einrichtung an der zu rütteln für eine Gottlosigkeit ausgegeben wird. Ueber den Fortbestand des Zehnten kann natürlich auch der Umstand keineswegs trösten, daß überall nicht nur mohammedanische, sondern auch christliche Steuer-einnahmer ernannt werden sollen.

Am Allerbedrohlichsten aber ist, daß überall Spezialkommissionen zur Prüfung der Besitzansprüche auf die unbeweglichen Güter ernannt sind. Die Türkei dürfte nicht die Türkei sein, wenn diese Spezialkommissionen — solche zu ernennen gehört zu den Lieblingsgepflogenheiten der Staatsmänner am Goldenen Horn! — nicht wenigstens neben anderen Aufgaben sich die günstige Gelegenheit zu Nutzen machten, die schlimmsten Erpressungen zu begehen; falls es nicht gar darauf abgesehen ist, dem Kronvermögen noch möglichst viel Land einzuverleiben. Das entspräche nur dem Despoten-„Rechte“ des Sultans, da ihm das ganze Land sammt Allem, was es erzeugt, sowie das Leben und Eigenthum seiner Bewohner gehört, und er sich folglich aneignen kann, was ihm gefällt.

Also — falls diese Reformen sich nicht als einfache Spiegelfechtereien erweisen, so ist mit Vorstehendem festgestellt, wohin sie höchst wahrscheinlich zielen. Vielleicht haben wir schon in nächster Zeit Gelegenheit, hierüber Weiteres mitzutheilen.

Soziales und Partei-Leben.

Zum Streik der Arbeiter in der Jute-Spinnerei und Weberei in Delmenhorst und in der dortigen Wollkämmerei gingen uns folgende Nachrichten zu: Hier selbst ist ein Ausstand sämtlicher Arbeiter der Wollkämmerei (Abtheilung Kämmerei und Vorbereitung), etwa 1000 Personen, ausgebrochen. Dieselben verdienen bei einer täglichen Arbeitszeit von 12 bis 13 Stunden 1,30 bis 2,50 Mt. und verlangen eine Lohnerhöhung bis zu 2,50 resp. 3 Mt. Bei den hohen Preisen für Lebensunterhalt sind die Forderungen der Arbeiter vollständig berechtigt. Die Aktionäre der Fabrik erhielten laut Bericht im Vorjahr, welches als „sehr ungünstig“ bezeichnet wurde, eine Dividende von 18 pCt. Dasselbe gilt zum Theil von der Jute-Spinnerei und Weberei, wo sich etwa 730 Personen, die Weber aber nur in Folge des Spinnereistreiks, da dieselben sich weigerten, fremde Garne zu verarbeiten, im Ausstand befinden. Zusammen sind also etwa 1700 Personen zu unterhalten. Die Arbeiter anderer Abtheilungen haben sich mit den Streikenden solidarisch erklärt. In nächster Zeit werden auch die anderen Abtheilungen gezwungen sein, die Arbeit niederzuliegen, da dieselben von der Kämmerei und Vorbereitung abhängig sind. Der Geist unter den Streikenden ist ein guter; die Ordnung musterhaft. Die Arbeiterinnen weiseln mit den Arbeitern, um die gemeinschaftliche Sache zum Siege zu führen. Die hiesigen Bürger stehen den Streikenden sympathisch gegenüber. — Verhandlungen mit

⊙ alte Burschenherrlichkeit!

Von August Kasch.

(Nachdruck verboten.)

Sie waren alle vier hoffnungsvolle Pflanzen, vielversprechende Früchte modern-humanistischer Erziehungsmethode. Der Geist des Referveoffiziers hatte segnend über ihnen geschwebt von Kindheit an, der Säcularmensch hatte vor ihnen gestanden als unerreichbares, anbetungswürdiges Vorbild, und die Nachahmung der bei dem heutigen Stubenthum üblichen Heldenthaten war die Aufgabe, die sie sich zunächst gestellt hatten. Schon hatten sie das Räuspern und Spucken glücklich abgequakt. Was bisher an Leistungen dieses Genres an die Öffentlichkeit getreten war, ließ mit Recht auf dermaleinstige höchste Vollkommenheit schließen. Daß der Eine oder Andere bisweilen in jugendlichem Leichtsinne einer etwas demokratisch-himmelfürmerischen Strömung verfiel, — nun, das verzeiht man jungen talentvollen Leuten um so eher, als gerade solche später um so energischer gegen theiligen Anschauungen zu huldigen pflegen. Ja, sie versprachen einmal brauchbare Glieder der guten Gesellschaft zu werden.

Sie waren alle Primaner. Die rothe, goldbrandige Mütze saß gar fest auf ihren Köpfen, und die verbotene Zigarre wurde mit einer Eleganz in Rauch und Asche umgesetzt, die auch älteren Künstlern dieses Faches alle Ehre gemacht haben würde. Wer sie die Straße entlang wandeln sah in heiterer, sorgloser Würdigkeit und Unnahbarkeit, der mußte unwillkürlich die denkbar beste Meinung von ihrem Werthe gewinnen. Das war sogar bei den in solchen Dingen schwer zu befriedigenden Reklamen der Localitäten der Fall, welche sie mit ihrem Besuche zu beehren pflegten.

Es war im Spätmärz eines jener Jahre, da das be-

rühmte Gesetz gegen die bekannten „Gemeingefährlichen“ seine segensreichsten Wirkungen ausübte. Unsern Freunden war jenes denkwürdige Produkt deutschen Heldengeistes höchst gleichgültig; für sie fielen alle jene lächerlichen Menschen unter den Kollektivbegriff Zigarrenmacher, Atribut Schnapsflasche — kurz und gut, alles Sachen, über die man in guter Familie mit hoheitsvollem Schweigen hinweggeht.

Zu jener Zeit war Einer von ihnen nach langen Wochen des Krankseins glücklich genesen. Konnte man es ihnen da verdenken, wenn sie diese seltene Gelegenheit, eine solenne Anekdote zu arrangieren, begierig wahrnahmen? Wer je das Glück hatte, die Wünsche kennen zu lernen, die solcher Jünglinge Brust befeelen, der wird wissen, wie sehnsüchtig nach Gründen ausgelugt wird, die die Bethätigung echtdeutschen Geistes bei gutem „Stoff“ rechtfertigen.

So war denn auch bei unserem Reconvaleszenten der erste alltägliche Gedanke nach den Sorgen des Siechtums: „Halt! die Sache muß angefeuchtet werden!“ Er war eigentlich gar nicht so gestellt, daß er sich derartige Extravaganzen leisten konnte. Seine Eltern waren bitterarm und lebten erst seit kurzer Zeit in erträglicheren Verhältnissen. Nur auf dem Dornenpfade, der über Freiplätze und Liebesgaben führt, hatte er zu der Wissensstufe aufsteigen können, deren Höhe der Titel Primaner bezeichnet. Aber da ihm in den letzten Jahren reichlich gutbezahlter Privatunterricht zugewendet worden war, so hatte er stets einen hübschen Zehnpennig und brauchte nicht mehr wie früher die noblen Passionen seiner Kollegen aus neidischer Ferne zu bewundern. Franz — so wollen wir ihn nennen — sollte Theologie studieren, wie das ja meistens das Schicksal junger Menschen ist, die eine höhere Bildung ohne all Verdienst und Würdigkeit aus lauter Gnade und Warmherzigkeit genießen. Freilich, wer ihm in das leichtsinnige Schelmengesicht blickte und wer seine zügellos

kritische Redeweise kannte, der mochte wohl bisweilen daran zweifeln, ob er wirklich zu dem hohen Amte eines Seelenhirten berufen sei. Er selbst lächelte im Stillen bei der bloßen Vorstellung, er könnte jemals in feierlichem Ornat mit salbungsvollen Worten gläubigen Seelen Dinge predigen, an die er selbst nicht glaubte und nimmer glauben konnte. Unter seinen Mitschülern galt er für höchst selbstständig in religiösen Fragen, ja, ein hochfrommer katholischer Kollege hatte ihn schon einmal einer entsetzlich lehrerischen Redensart halber für fegefeuerreif erklärt. Ob er nicht trotzdem gerade einen ganz vorzüglichen Theologen abgegeben hätte bei seinen Fähigkeiten, ist allerdings nicht ausgeschlossen. Wenn man in alle Pastorenherzen schauen könnte, da möchte sich ein liebliches Panorama aufthun!

Nebenbei war er der poeta laureatus der Schule, eine Stellung, die ihm nur von einem seiner drei Wusensfreunde mit Erfolg streitig gemacht wurde. Zahllose kleine und große Schöpfungen flossen aus seiner fleißigen Feder, — um, mit wenigen Ausnahmen, nach einer Weile dem verschwiegene Schoße des Kanonensofens anvertraut zu werden, der sein stilles Poetenklübchen wärmte.

Auf einen Sonnabendabend hatte er sich in weiser Berücksichtigung des jammerstillenden Sonntags seine Genossen eingeladen, und in Anbetracht der feuchtkalten Witterung war Grog als Festgetränk angelegt. In der besten Stube seiner elterlichen Wohnung war Alles hergerichtet, Gläser, Zucker, Rum, Tabak, Zigarren. In einer Ecke auf dem Petroleumofen summt anheimelnd der Theekessel mit dem heißen Wasser, der Kachelofen strahlte eine angenehme Wärme aus — kurzum, ein sibel gemüthlicher Abend stand ohne Zweifel in Aussicht.

Als erster Gast stellte sich der lange Emil ein, Franz' Concurrent in der edlen Dichtkunst. Er theilte seines Freundes äußeres Lebensloos. Auch er war bei der Wahl seiner Eltern recht unvorsichtig gewesen und dankte

der Direktion der Fute Spinnerei, die am Sonntagabend gepflogen wurden, haben eine Wendung des Streiks in nahe Aussicht gestellt. Die Direktion verlangt, daß die Arbeit zunächst wieder aufgenommen wird, ist dann aber bereit, mit einem Arbeiterausschuß in Unterhandlung zu treten und die Frage einer angemessenen Erhöhung der Löhne für die Feinspinner einer weiteren Prüfung zu unterziehen. Dieser Ausschuss ist als eine ständige Einrichtung gedacht, bei welchem die Arbeiter zunächst alle Beschwerden anzeigen, damit er dieselben der Direktion mittheilt. Das Ergebnis dieser Verhandlungen wurde Sonntagabend einer Versammlung der Streikenden vorgelegt. Man empfiehlt, unter den obwaltenden Umständen die Forderung und das Angebot der Direktion zu akzeptieren. In den Arbeiterausschuß wurden 12 Personen gewählt. Derselbe soll sofort mit der Direktion verhandeln und deren Vorschlag betreffs Lohnerhöhung entgegennehmen und bemüht sein, zu einer Einigung zu gelangen. Die Abstimmung ergab, daß die größte Mehrzahl mit den Vorschlägen einverstanden war. — Nach einer uns heute zugegangenen Nachricht vom 19. d. M. ist der Streik in der Fute Spinnerei nach gestern Abend einstimmig von den Arbeitern gefasstem Beschluß definitiv beendet worden. — Nicht so günstig steht es mit der Wollkämmerei. Hier ist noch kein Einverständnis erzielt. Die Direktion hat die Forderungen der Lohnkommission abgelehnt und, da sie angeblich in Folge des Streiks der Kämmerei und Vorbereitungen zur Aufgabe des ganzen Betriebes getrieben wird, sämtlichen Arbeitern die Kündigung mitgeteilt. Einzelne Abtheilungen können schon jetzt nicht mehr vollständig beschäftigt werden und auch der Fettefabrik wird es bald an Material zur Verarbeitung fehlen. Die Arbeiter jedoch sind gewillt, zur Erlangung höherer Löhne die größten Opfer einzusetzen und bis zum Alleräußersten auszuhalten. Briefe und Unterstützungen, um die gebeten wird, sind zu senden an H. Thiebar, Delmenhorst, Koppelstraße.

Zum Leipziger Maurerstreik. Bis jetzt haben insgesamt 98 Unternehmer mit über 1000 Maurern die Forderungen der Streikenden bewilligt. Der Zugang von Arbeitswilligen ist bis jetzt als minimal zu bezeichnen. Es hat das Unternehmertum in der nächsten Umgebung kein Glück gehabt. Auch der Patriotismus der Herren zeigt sich wiederum, indem sie fremdländische Arbeiter herangezogen haben. Es sind ungefähr 48 italienische Maurer auf falsche Verspiegelungen der Unternehmer nach Leipzig gekommen. Davon sind 15 Mann wieder abgereist, nachdem diese von Seiten der Streikenden über die Lage der Sache am Orte aufgeklärt worden waren. Der Streik steht für die Maurer immer noch so günstig wie früher, und es liegt an den Kollegen selbst, den Sieg durch ein straffes Zusammenhalten zu erringen.

Aus Nah und Fern.

Andrees Nordpolarfahrt. Aus Tromsø wird dem „Lokal-Anz.“ ein ausführlicher Bericht über den Aufbruch Andrees und seiner Begleiter Fränkel und Strindberg gesandt, dem Folgendes zu entnehmen ist. Der Berichterstatter meldet: Am Morgen des 11. Juli (Sonntag) hatten wir Sonnenschein und ziemlich starken Südwind. Ich saß in meinem Zelte und bemerkte plötzlich, daß Vorbereitungen zur Abfahrt des Ballons getroffen wurden. Mehrere Leute waren an dem oberen Ende des Ballonhauses thätig, Bretter wurden heruntergeworfen, Balken durchsägt, Schrauben und Klammern entfernt. Ich beeilte mich, möglichst zur Stelle zu sein, und erfuhr auch sofort, daß Andree heute aufsteigen

sein „Glück“ lediglich der Güte wohlthätiger Menschen und Stiftungen, ein Glück, das bei ihm noch durch den Genuß von Freitischen erhöht wurde. Er war der revolutionärste Kopf unter den Bierern, jedoch in der Weise, daß er alle vier Wochen ein neues Stiefchen ritt und auf diesem dann zu schwindelnder Höhe emporstieg. Er brachte es auf die Art fertig, im ersten Napoleon das Ideal eines genialen Menschen zu erblicken und im Anschluß daran als Ideal eines Regimes das absolute Herrschertum bis zu seinen letzten sibirischen Konsequenzen zu verherrlichen. Nach einige Wochen aber saß auf demselben Throne statt des Korsets der Jacobiner Robespierre, und mit ihm hatten terroristische Ideen bei unserm Emil Einzug gehalten, die ihn in Dolch und Dynamit die Heilande der Menschheit erblicken ließen. Seine Poesien waren mythisch dunkel. Die heilige Vossblume des Anders, der Wühlhül und die Rose des Parzen, die Mythen der ägyptischen Pfaffen thums samt Sphinx und Memnonssäule wechselten in wirrem Durcheinander mit den Nebelgestalten Ossians, den irischen Feen und den Kolossalfiguren altnordischer Sagenwelt. Bei alledem war er der harmloseste Gesell, und Energie war seine letzte Tugend. Er neigte zum Wohlleben und hätte am liebsten als vermöglicher Mann in bunter Abwechslung des Daseins Freuden ausgekostet.

Als zweiter fand sich Johannes ein. Ihn sahen die Andern eigentlich gar nicht allzu gern in ihrer Mitte; denn im Stillen sagte man sich, er sei nicht aufrichtig und nicht zuverlässig. Johannes gehörte einer kinderreichen Beamtenfamilie an, in der extremste Frömmigkeit zu Hause war. Vor allem die Mutter war eine der Frömmsten im Lande, eine Frau so recht nach dem Herzen des orthodoxen „Nachbar“, den sie überall als schönste Lectüre empfahl. Die Folge davon war eine ausgiebige Unterstützung der Familie seitens der kirchlich gesinnten Kreise

wolle. Alles war in äußerster Spannung und angestrengter Thätigkeit. Andree selbst erschien bald oben auf dem Gerüst. Er und seine Begleiter trugen schon Reisselbeider. Im Pithouse wurden ein paar kleine Versuchsbalkons gestiftet, die dann aufgelassen wurden und genau die erwünschte Nordrichtung einschlugen. Mit Krachen stürzten die gelbsten Theile der Vorderwand der Halle nach außen. Am Strande waren Mannschaften beschäftigt, die Schleppteinen in voller Länge anzulegen, damit sie sich nicht verknoteten. In der Halle selbst herrschte die regste Thätigkeit. An jeder Ecke stand ein Mann, um die oberen Fesselleinen zu halten. Ballastfäcke wurden in einen engeren Kreis gehängt, um den Ballon zu heben. Endlich hing er im letzten Ring und schwebte etwa zwei Meter über dem Boden. Der Stoch verstaute sorgfältig das erste Mittagessen, das man in der Luft einnehmen wollte. Die überflüssigen Ballastfäcke wurden abgeschritten, einige für den ersten Bedarf mit in die Gondel genommen. Von der Westseite des Ballons wehte die schwedische Fahne, darunter eine weißseidene mit blauen Ähren, die stünige und hoffentlich Glück bringende Spande einer Dame. Unmittelbar unter dem Ballon ist in der Querlage eine Baumstange befestigt, welche die Segel, die wie zwei Fingel zu beiden Seiten angebracht sind, trägt. Kurz vor 2 1/2 Uhr war Andree vollständig reisefertig. Er drückte den in der Halle Anwesenden sämtlich zum Abschied herzlich die Hand, und richtete warm empfangene Danksworte an Alle, denen er nicht mehr die Hand reichen könne, weil sie ihren Posten nicht verlassen dürfen. Ebenso nahmen dann Fränkel und Strindberg mit einem kräftigen Händedruck Abschied. Andree zählte dann: „Eins, zwei, drei!“ Bei „drei“ lösten sich auch die letzten Seile, die den Ballon noch gehalten hatten. Stolz und majestätisch stieg er empor, direkt durch die geöffnete Nordwand seiner Behausung. Andree schaute mit frohem Blick auf die Zurückbleibenden. Als dann schwenkte er mit seinem Gefährten noch einmal die Mühe und rief laut: „Einen Gruß zu Hause an Schweden.“ Wir eilten ans Ufer und sahen den Ballon schon etwa 60 Meter über dem Wasser schweben. Noch einmal folgte der Augenblick äußerster Spannung: Der Ballon trieb gerade auf die Felsenvorsprünge an der Ostseite des Smeerenburgsund zu, wo ein Anstoß drohte. Da faßte ihn plötzlich ein südöstlicher Windstoß, warf ihn nach Nordwesten auf die See zurück und traf ihn so von oben, daß die Gondel einige Sekunden in's Wasser getaucht wurde. Zugleich entdeckten wir, daß die drei Schleppteinen, von denen Andree sich so viel versprochen hatte, ruhig am Ufer lagen. Der sie am Ring haltende Haken mußte sich beim Aufsteigen gelöst haben. Eine Gefahr für die Lustschiffer wird durch den Verlust der Seinen nicht hervorgerufen, da sie einen Reservefahlg Seinen als Ballast mit sich führen. Inzwischen hatte man bereits einige Ballastfäcke ausgeworfen. Nur ganz wenige Minuten waren nach der um 2 Uhr 35 Min. erfolgten Abfahrt verstrichen, da steuerte der Ballon genau, wie Andree es wünschte, über die flache Halbinsel Holländernæs fort nach Norden. Zwar faßte ihn noch einmal am Nordende des Smeerenburgsund ein südwestlicher Luftstrom und brückte ihn scheinbar gegen die Felsklippe von Vogelhang. Aber mit bewaffneten Augen konnten wir erkennen, wie er in einigen Metern Höhe darüber schwebte und nunmehr ganz frei wieder gerade nach Norden ging. Punkt 3 Uhr verschwand er am nördlichen Horizont. — In einer Unterredung, die ein Berichterstatter mit dem Geh. Admiralsratsrath Prof. Dr. Neumayer in Hamburg hatte, bezeugte dieser das größte Interesse für Andrees Unternehmen. Er sprach sich bewundernd über dessen Muth aus,

eine Portion christlicher Gesinnung werth war. Diesen ganzen Verhältnissen entsprechend war denn auch Johannes für die Priesterlaufbahn bestimmt. Seine Freunde hatten ihn in Verdacht, daß er gelegentlich eines weißen Fisches halber kleine Schillergeheimnisse an Lehrer vertrathe und Franz speziell behauptete positiv, daß Johannes seine kleine Sammlung Heine-Parodien, in denen Schulverhältnisse und Lehrer derb kritisiert wurden, einem Lehrer in die Hände gespielt habe. Franz ließ es sich nicht nehmen, ihn des Jesuitismus zu zeihen, zumal er auch gerne Unterstützung seitens fähigerer Kollegen annahm, ohne je zu Gegenleistungen sich herzugeben. Im Allgemeinen jedoch galt er für ungefährlich, da er weltenerfahren und nicht mit allzu großem Mutterwitz begabt war.

Als Vekter erschien in gemächlicher Langsamkeit der „Marfchbauer“ Claus auf dem Plan. Er war so recht ein Vertreter seines Primathganes, schwefelhaft in seinem äußeren Wesen, ohne geistig schwerfällig zu sein, ruhig, derb und — trunkefest. Wer da wußte, daß er Jurist werden sollte, der sah ihn schon im Geiste als würdigen Amtsrichter bedächtig und gewissenhaft in irgend einem weltfernen Winkel Recht sprechen. Bellworns idyllische Rechtsverhältnisse waren so recht der Rahmen für seine Erscheinung gewesen. Und wer je seine trockenen Witze gehört hatte, dem mußte auch einleuchten, daß er einen ganz achtbaren Gesellschaftler abgab.

So sah denn die Gesellschaft beisammen. Daß „Ordnung halber“ ein Präses in Person des langen Emil erwählt wurde, sei der Vollständigkeit wegen beiläufig erwähnt. Er waltete dieses verantwortlichen Amtes stets mit spanischer Grandezza, Unparteilichkeit und Unerbittlichkeit.

Bald dampfte das heiße Getränk in den Gläsern, und als erster „Cantus“ stieg das übliche „ergo bibamus“

erklärte aber bezüglich der Frage, wo und wie die Expedition enden werde, solches könne weder er, noch sonst Jemand auch nur annähernd voraussagen, auch nicht, wenn die Windrichtung bekannt sein werde. Die meisten Leute stellten sich vor, sagt Professor Neumayer, Andree werde auf den Nordpol zusteuern und auf der anderen Seite wieder herunterkommen. Es ist aber gar nicht zu sagen, welche Richtung der Ballon in der nächsten Stunde nimmt und wo er niedergeht. Andrees Fahrt kann wohl Nutzen für die Wissenschaft bringen, aber ich bin begierig, wie Andree vom Ballon aus die nöthigen meteorologischen Bestimmungen machen will, während er über den Nordpol zu fahren glaubt.

Wackere Ordnungshüter. Der „Frankf. Bzg.“ wird aus Köln geschrieben: Schwere Mißhandlungen unter den Augen des Gensdarmen war am Sonntag Abend im benachbarten Königsdorf ein hier auf der Durchfahrt begriffener Mann ausgeübt. Er hielt an, um an einer Bude Kluchen für seine Kinder zu kaufen. Der in Frechen stationirte Gensdarm und der Gemeinbediener führen ihn an, daß er kein Licht am Wagen habe. Trozdem er auf die beiden brennenden Wagenlichter deutete, hielt der Gensdarm die Pferde fest und sagte: „Ich bin Beamter, Sie fahren nicht weiter, bis es mir, paßt.“ Dann forderte der Beamte die aus der Wirthschaft kommenden Leute auf, die Pferde festzuhalten. Die Umstehenden griffen nun den jungen Mann thätlich an, raubten ihm einen Betrag von Mark 500, eine Peitsche im Werthe von Mk. 25 zwei Strohhüte und Kleidungsstücke. Der Dazwischenkunft eines achtbaren Bürgers von Königsdorf ist es zu verdanken, daß der Mann nach halbständiger Mißhandlung schließlich weiterfahren konnte. Der königl. Staatsanwaltschaft wurde bereits Anzeige erstattet.

Eine „feine Familie“. Die „Oberfränkische Bzg.“ berichtet Folgendes: Seit 22 Jahren befindet sich der gegenwärtig 46 jährige Baron Ludwig von Freilich, dessen Vater ein Gut in Wechlenreuth besaß, im Freenharz. Das Vermögen des Unglücklichen ist nunmehr aufgezehnt, und da sich seine wohlbegüterten Verwandten nicht um ihn kümmern, hat die Gemeinde Wechlenreuth für seinen Unterhalt aufzukommen. Nachdem die Gemeinde erst für zwei Jahre an die Kreisirrenanstalt in Bayreuth Mk. 882,50 hatte entrichten müssen, fand vor einigen Tagen eine Gemeindeversammlung statt, zu der sich auch Baron Alfred von Freilich einfand, aber nicht etwa, um zu erklären, daß sein Geschlecht hinfür für die Kosten aufkommen werde, sondern um das nach „adliger“ Ansicht Schlimmste von seinem Vetter abzuwenden. Die Bauern von Wechlenreuth waren aber erleuchtet genug und beschloßen, den Herrn Baron, der keineswegs bössartig, sondern nur von einer fixen Idee befangen und ganz gutmüthig ist, und zudem selber den Wunsch hegt, freigelassen zu werden, aus der Anstalt zu nehmen und im Gemeinde-Armenhaus unterzubringen. Hier würde er behandelt, wie jeder andere Ortsarme, müsse gemeindliche Arbeiten verrichten und reichum jeden Tag bei einem andern Bauern seine Mahlzeit einnehmen. Nach Lage der Sache kann der wohlberchtigten Absicht der Ortsbürger von Wechlenreuth rechtmäßig kein Hinderniß in den Weg gelegt werden, und wenn die von Freilich ihrer nicht rechtlichen, wohl aber moralischen Verpflichtung, für ihren armen Verwandten einzutreten, nicht nachkommen, so wird das alttadelige Geschlecht derer von Freilich hinfür aus einem Minister, hohen Regierungsbeamten, agrarisch gesinnten Gutsbesitzern, Offizieren und — einem Armenhäuser bestehen. Wozu noch zu bemerken, daß die Gemeinde Wechlenreuth in einem Jahr Mark 1100 für Armenlasten aufzubringen hatte und für den Baron von Freilich allein Mark 440 bezahlen sollte, was für die Gemeinde eine schwere Last, für die zum Theil heimreichen Freilich, wenn sie für ihren armen Vetter eintreten wollten, eine Lastererei ist.

„Sammelt Licht Schätze auf Erden.“ Die Affäre des Pastors Manitius in Saathain bei Torgau, der das gesammte laare Kirchenvermögen seiner Gemeinde veruntreute, gestaltet sich immer seltsamer. Wir haben bereits mitgeteilt, daß die unterschlagenen Kirchengelder ca. 40 000 Mk. betragen; der Fehlbetrag ist jetzt auf 45 300 Mk. festgestellt. Außerdem hat der Geistliche, wie der „Saale-Zeitung“ geschrieben wird, noch Privatschulden in Höhe von 60 000 Mk. kontrahirt und dabei das eingetragene Vermögen seiner Frau von ca. 40 000 Mark aufgebraucht. Wie das Geld verwirtheftet worden, ist noch ganz unklar. Am Montag erschien als Kommissar des Konsistoriums Konsistorialrath Krebs im Orte und hielt mit dem Superintendenten Lokaltermin. Der des Amtes entsetzte Pfarrer Manitius versprach Ersatz der veruntreuten Summe durch Hilfe von Verwandten, zu welchem Zwecke er abreiste. Die Hilfe der Verwandten scheint versagt worden zu sein, und Pastor Manitius ist von der „Reise“ noch nicht zurückgekehrt und demzufolge noch nicht in Haft genommen. Sein gegenwärtiger Aufenthaltsort ist unbekannt. Abgesehen davon, daß bei Prüfung der Kirchenrechnungen die Veruntreuungen nicht bemerkt worden sind, sind sie auch bei den 1885 und 1890 im Orte abgehaltenen Kirchenvisitationen nicht ermittelt worden. Die Verhältnisse fremden unisomehr, als M. auch fast alle Besitz seiner Gemeinde und viele Geschäftsteile in Elsterwerda und Liebenwerda durch Auleihen und sonstige Kreditnahmen gebrandschafft hat. Pfarrer Manitius hatte in öffentlichen Angelegenheiten, und insbesondere auch in der konservativen Partei des Kreises, eine gewichtige Stimme.